



Presseschau vom 28.03.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Susan Bonath: Zwei Jahre Pandemie-Management: Wie die Politik die "Kliniküberlastung" selbst produzierte

Trotz "Freedom Day" ist ein Ende aller Corona-Maßnahmen in Deutschland nicht in Sicht. Mit 2G, 3G, Testpflicht in Schulen, Masken und Impfpflicht sollen die Bürger das Gesundheitssystem weiter entlasten. Doch die Probleme hat nicht Corona produziert, sondern die Politik selbst. ...

<https://kurz.rt.com/2vtm> bzw. [hier](#)

Seyed Alireza Mousavi: Massive Angriffe auf Aramco: Huthis torpedieren Versuche des Westens zur Umsetzung des Ölembargos

Die Ansarollah-Bewegung hat seit einiger Zeit ihre Vergeltungsangriffe auf Ölförderanlagen in Saudi-Arabien und die VAE intensiviert. Mittlerweile hat der Jemen-Konflikt im Zuge des Ukraine-Krieges eine globale Dimension angenommen, da der Westen auf eine erhöhte Ölförderung aus den Golfstaaten drängt, um die Abhängigkeit von russischer Energie zu verringern. ...

<https://kurz.rt.com/2w0i> bzw. [hier](#)

Scott Ritter: Frankreichs Rückzug aus Mali – Ein Zeichen für die Niederlage des Westens gegen den Islamismus

Es steht nun fest, dass die westlichen Streitkräfte bei der Bekämpfung des Terrorismus in der strategisch wichtigen Sahelzone versagt haben. Frankreich zieht sich aus Mali zurück. Der islamische Dschihadismus blüht auf. Kann Russland zu einem Schlüssel werden, um den Islamismus einzudämmen? ...

<https://kurz.rt.com/2vye> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

18:44 (17:44) rusvesna.su: **Der deutsche Bundespräsident sagte viele Schwierigkeiten voraus und forderte die Deutschen auf zu sparen**

Deutschland werde mit zahlreichen Schwierigkeiten konfrontiert sein. Das erklärte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und rief die Deutschen zum Sparen auf. „Die Tage, die die Welt und uns verändern werden, könnten schneller kommen, als wir es uns je hätten vorstellen können“, sagte er.

„Die einfache Wahrheit ist, dass viele Herausforderungen vor uns liegen, trotz aller andauernden diplomatischen Bemühungen“, fügte Steinmeier hinzu und riet den Deutschen, die Nerven zu behalten und Sparmaßnahmen zu ergreifen.

21:51 de.rt.com: **Russland: Aserbaidshan ist in russischen Verantwortungsbereich in Bergkarabach eingedrungen**

Trotz eines Waffenstillstands gibt es in der Südkaukasus-Region Bergkarabach erneut Spannungen. Die Rede ist vom Vorrücken aserbaidshanischer Kräfte. Russland und Frankreich mahnen zu einem Rückzug. Gibt es da einen Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg?

Russland hat Aserbaidshan vorgeworfen, in der umkämpften Südkaukasus-Region

Bergkarabach in den Verantwortungsbereich der von Moskau entsandten Friedenstruppen eingedrungen zu sein. Aserbaidsschanische Streitkräfte hätten in dem Gebiet, auf das auch Armenien Anspruch erhebt, in den vergangenen Tagen nahe dem Ort Furuch vier Drohnenangriffe durchgeführt, teilte das russische Verteidigungsministerium am Samstag mit. Aserbaidsschan sei aufgefordert worden, seine Truppen zurückzuziehen.

Die international nicht anerkannte Republik Bergkarabach verhängte Medien zufolge vorübergehend den Kriegszustand. Bei jüngsten Kämpfen waren am Freitag drei Armenier getötet worden. Auch das armenische Außenministerium hatte Aserbaidsschan bereits einen Vorstoß in den von den Russen kontrollierten Bereich vorgeworfen.

Aserbaidsschan wies am Abend den Vorwurf zurück, ein mit Armenien und Russland geschlossenes Friedensabkommen verletzt zu haben. Das Verteidigungsministerium in Baku warf vielmehr Armenien vor, noch immer nicht alle Soldaten aus dem Aserbaidsschan zugesprochenen Teil Karabachs abgezogen zu haben. Aserbaidsschan rief Russland dazu auf, das Wort "Bergkarabach" nicht zu benutzen. Es gebe eine solche territorial-administrative Einheit nicht.

Im Herbst 2020 hatte Aserbaidsschan in einem kurzen Krieg große Teile Bergkarabachs zurückerobert, das seit Ende der Achtzigerjahre von pro-armenischen Kräften kontrolliert worden war. Am Ende der Kampfhandlungen wurde ein Abkommen mit Russland über die Entsendung der Friedenstruppen geschlossen. Sie sollen den Waffenstillstand überwachen. Trotzdem kommt es immer wieder zu bewaffneten Auseinandersetzungen.

In den pro-ukrainischen Medien wurde kurz vor dem Vorfall spekuliert, dass Russland Soldaten aus Karabach abgezogen habe, um sie im Krieg in der Ukraine einzusetzen. Dies wiederum habe die Lage im Südkaukasus destabilisiert. Russland bestätigte das bislang nicht. Aus dem Verteidigungsministerium in Moskau hieß es nun, die russischen Friedenstruppen würden versuchen, die Situation zu lösen.

Der aserbaidsschanische Politologe Ilgar Velizade wies im Interview mit der russischen Internetzeitung EADaily Spekulationen zurück, Aserbaidsschan wolle die militärische Auseinandersetzung in der Ukraine für seine Zwecke nutzen. Die Beziehungen zwischen Aserbaidsschan und Russland hätten mit tagespolitischer Konjunktur in der Welt und in der Region nicht zu tun. Baku habe Moskau niemals erpresst und werde es auch weiterhin nicht tun. Am 22. Februar, nur knapp zwei Tage vor Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine, hatte der aserbaidsschanische Präsident Ilham Alijew in Moskau ein Abkommen mit Russland über strategische Partnerschaft aus 40 Punkten unterzeichnet.

Frankreich, das Co-Vorsitzender der OSZE-Minsk-Gruppe für eine Verhandlungslösung im Bergkarabach-Konflikt ist, bedauerte die bewaffneten Zwischenfälle und Truppenbewegungen, wie das Außenministerium in Paris mitteilte. Frankreich forderte, dass sich die angeblich vorgerückten Kräfte gemäß dem Waffenstillstand von 2020 auf ihre ursprünglichen Positionen zurückziehen. Besorgnis gab es über eine erneute Unterbrechung der Gasversorgung für die Bevölkerung in Bergkarabach. Der französische Außenminister habe bei seinen jüngsten Gesprächen mit seinen armenischen und aserbaidsschanischen Amtskollegen dazu aufgerufen, die Versorgung so schnell wie möglich wiederherzustellen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6240985d48fbef26da1ee5eb.jpg>

23:50 (22:50) ria.ru: **Scholz sagte, die Nato habe nicht das Ziel eines Machtwechsels in Russland**

Bundeskanzler Olaf Scholz kommentierte die Rede von US-Präsident Joe Biden in Warschau und sagte, die Nato nicht das Ziel eines Machtwechsels in Russland.

„Das ist nicht das Ziel der NATO, und auch nicht das Ziel des amerikanischen Präsidenten. Ich habe lange mit ihm im Weißen Haus gesprochen. Und wir sind uns beide völlig einig, dass ein Regimewechsel (in Russland) nicht auf der Tagesordnung steht und kein politisches Ziel ist, das wir gemeinsam verfolgen“, sagte Scholz in einem Interview mit der ARD.

Er erinnerte daran, dass Biden nach dem Abzug der US-Truppen aus Afghanistan gesagt habe, das Ziel der amerikanischen Politik sei kein Machtwechsel. Scholz fügte hinzu, Deutschland wünsche sich eine Verbreitung der Demokratie, aber "es liegt an den Völkern und Nationen, für diese Freiheiten zu kämpfen". „Aber was sollten wir garantieren – dass die territoriale Integrität und Souveränität von Staaten nicht verletzt wird, dass Kriege nicht begonnen werden, nur um Grenzen zu verändern“, sagte Scholz.

Er fügte hinzu, dass er Bidens Worte nicht für einen Fehler halte. "Er hat gesagt, was er gesagt hat", fügte Scholz hinzu.

Zum Abschluss seiner Europareise hielt Biden am Samstag in der polnischen Hauptstadt eine lange Rede, die sich auf die Lage in der Ukraine konzentrierte. Die Rede des US-Präsidenten enthielt zahlreiche Anschuldigungen gegen die Russische Föderation und ihre Führung im Zusammenhang mit der militärischen Sonderoperation Moskaus in diesem Land. Am Ende der Rede sagte Biden, dass e in der Ukraine "niemals einen Sieg für Russland geben wird" und dass der russische Präsident "nicht an der Macht bleiben kann". Später erklärte das Weiße Haus, die Aussage Bidens bedeute keinen Machtwechsel in der Russischen Föderation.

Der Pressesprecher des Präsidenten der Russischen Föderation, Dmitri Peskow, kommentierte Bidens Worte und stellte fest, dass es nicht Sache von Biden sei, zu entscheiden, wer in der Russischen Föderation an der Macht ist, der Präsident des Landes werde vom Volk Russlands gewählt. ...



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/03/04/1776419493_0:0:2994:1685_1280x0_80_0_0_6e99b37a1ad128f38f0d1b819419f48e.jpg

0:49 (23:49) ria.ru: **Scholz kündigte "drastische Maßnahmen" im Falle des "Einsatzes von Chemiewaffen" durch Russland an**

Bundeskanzler Olaf Scholz sagte, der Westen werde für den Fall, dass Russland chemische oder biologische Waffen in der Ukraine einsetze, mit "drastischen Maßnahmen" reagieren, die derzeit diskutiert würden.

„Der Einsatz biologischer oder chemischer Waffen darf nicht passieren. Deshalb sind wir in dieser Frage so eindeutig. Ich habe das in Verhandlungen mit (dem russischen Präsidenten Wladimir) Putin immer wieder diskutiert“, sagte Scholz in einem Interview mit dem Fernsehsender ARD.

Ihm zufolge wurde in den Verhandlungen mit Russland insbesondere die Frage der amerikanischen biologischen Labors in der Ukraine angesprochen. Scholz nannte die Informationen über ihre Existenz "eine Lüge".

„Verwenden Sie dies nicht für eine Operation unter falscher Flagge, indem Sie behaupten, dass dies alles eine Reaktion auf die entsprechenden Aktionen der Ukraine sei. Dies würde schlimme Konsequenzen nach sich ziehen, und wir sind uns einig, dass wir mit dramatischen Maßnahmen reagieren werden, und wir denken bereits darüber nach wie das gehen könnte“, sagte der Bundeskanzler.

Er merkte an, dass er nicht beabsichtige, die Reaktion der westlichen Länder öffentlich zu diskutieren, die NATO werde keine „Konfliktpartei“, sondern werde reagieren. Scholz fügte hinzu, dass weder er noch US-Präsident Joe Biden gesagt hätten, was eine mögliche Reaktion sein könnte, und beide „gute Gründe“ dafür hätten.

Das Verteidigungsministerium der Russischen Föderation hielt zuvor eine Präsentation ab, aus der hervorgeht, dass die Vereinigten Staaten mehr als 200 Millionen Dollar für den Betrieb von biologischen Labors in der Ukraine ausgegeben haben, die am amerikanischen Militärbiologieprogramm teilgenommen und sich insbesondere damit befassen Pest- und Anthrax-Erreger.

Auf dem Territorium der Ukraine sei ein Netzwerk von mehr als 30 biologischen Labors gebildet worden, die im Interesse des Pentagons arbeiteten, sagte Igor Kirillov, Chef der Abwehreinheiten für Massenvernichtungswaffen der RF-Streitkräfte. Alles für die Fortsetzung des biologischen Programms des US-Militärs Notwendige sei bereits nach Beginn der russischen Militärsonderoperation aus der Ukraine entfernt worden, sagte er.

Die Russische Föderation schließe im Zusammenhang mit den Tatsachen der militärischen biologischen Aktivitäten der USA in der Ukraine die Einführung eines Konsultationsmechanismus im Rahmen des Übereinkommens über das Verbot biologischer und toxischer Waffen (BWÜ) nicht aus, sagte die Sprecherin des russischen

Außenministeriums, Maria Sacharowa.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/02/10/1773096414_0:91:3058:1811_1280x0_80_0_0_e02d79b2ea85934decb4047eda2bd002.jpg

2:17 (1:17) ria.ru: **Ein Analyst erklärte, wie sich die "Gas-Demarche" Russlands auf den Rubel auswirken wird**

Die aktuelle Stärkung des Rubels hänge unter anderem mit den Nachrichten über die bevorstehende teilweise Umstellung des Gashandels auf Rubel zusammen. In diesem Fall werde es mehr Wirtschaftsakteure geben, die an der Wechselkursstabilität interessiert sind, sagte Alexander Dshioew, Analyst bei „Alfa Kapital“, gegenüber der Agentur „Prime“. Er erwarte keine wesentlichen Änderungen im Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage auf dem Devisenmarkt. „Jetzt müssen alle Exportunternehmen 80 % ihrer Deviseneinnahmen auf dem Devisenmarkt verkaufen. Mit der Übertragung von Zahlungen für Exportgaslieferungen in unsere Währung werden Gasimporteure gezwungen, den Rubel zu kaufen, d.h. tatsächlich Transaktionen für den Verkauf von Währungen auf dem Markt durchzuführen (falls sie es tun).“, erklärte er seine Position.

Außerdem würden die Importeure wahrscheinlich eine gewisse Rubelreserve benötigen, um ununterbrochene Abrechnungen durchzuführen, was die Nachfrage nach der nationalen Währung Russlands stärken und dazu beitragen werde, die Sanktionsbeschränkungen zu verringern, schloss er.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/03/08/1777157682_0:0:3173:1785_1280x0_80_0_0_62749913f6068fa8d9cf55c57bb66769.jpg

2:22 (1:22) ria.ru: **Die Vereinigten Staaten wollen Krieg bis zum "letzten Ukrainer" zu**

führen

Die Vereinigten Staaten führen einen nicht erklärten Krieg mit Russland in der Ukraine, um ihre Weltherrschaft zu behaupten. Diese Aussage wurde in einem Artikel für das Informationsportal The Grey Zone von Chas Freeman, einem hochrangigen amerikanischen Diplomaten im Ruhestand, getroffen.

Die Aktionen des offiziellen Washington, so glaubt er, ließen Moskau keine andere Wahl, als Gewalt anzuwenden. „Mir scheint, dass alles, was die Vereinigten Staaten jetzt tun, nicht nur nicht dazu beiträgt, die Einstellung der Feindseligkeiten zu beschleunigen und eine Art Kompromiss zu erreichen, sondern im Gegenteil darauf abzielt, den Krieg zu verlängern“, bemerkte der Experte .

In den Vereinigten Staaten, so der Diplomat, spiele die derzeitige Situation dem Land in die Hände: Die Krise verstärke eine negative Haltung gegenüber Russland, sie sei vorteilhaft für den nationalen militärisch-industriellen Komplex und stärke darüber hinaus die NATO.

Die USA werden Russland „bis zum letzten Ukrainer“ bekämpfen, schloss Freeman.



https://cdn21.img.ria.ru/images/151459/88/1514598853_0:72:3072:1800_1280x0_80_0_0_23e4505b404d9119d884a581b5960813.jpg

vormittags:

6:15 de.rt.com: Goldgedeckte Rubelwährung? Russische Zentralbank kündigt weitere Goldkäufe an

Um sich weiter unabhängig vom US-Dollar und dem westlichen SWIFT-System der Banken zu machen, forciert die russische Zentralbank weitere Goldkäufe zu einem festen Kurs zu tätigen. Nicht zuletzt könne dadurch auch der Rubel aufgewertet werden.

Die russische Zentralbank hat laut den Deutschen Wirtschaftsnachrichten am Sonntag mitgeteilt, dass sie ab Montag beginnen will, physisches Gold von den russischen Banken zu einem festen Preis zu erwerben und so eine Art neuen Goldstandard zu schaffen.

Für die Finanzinstitute des Landes, die durch die massiven westlichen Sanktionen auch vom Swift-Netzwerk abgetrennt worden sind, soll so eine Möglichkeit geschaffen werden, sich mehr finanziellen Spielraum zu eröffnen. Parallel vergrößert die Notenbank ihre Goldreserven. Das könnte die ohnehin angeschlagene Vorherrschaft des US-Dollar als Weltwährung Nummer eins weiter schwächen.

In der Erklärung der Bank von Russland heißt es konkret:

"Die Bank von Russland wird ab dem 28. März 2022 Gold von Kreditinstituten zu einem festen Preis kaufen, um Angebot und Nachfrage auf dem heimischen Edelmetallmarkt auszugleichen. Vom 28. März bis einschließlich 30. Juni 2022 wird der Preis 5.000 RUB pro 1 Gramm betragen. Das festgesetzte Preisniveau ermöglicht es, eine stabile Versorgung mit

Gold und das ununterbrochene Funktionieren der Goldminenindustrie im laufenden Jahr zu gewährleisten. Nach Ablauf dieses Zeitraums kann der Goldankaufspreis unter Berücksichtigung des sich abzeichnenden Gleichgewichts zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Inlandsmarkt angepasst werden."

Interessant: Der Einkaufspreis von 5.000 Rubel pro Gramm entspricht bei den aktuellen Kursen etwa 50 Dollar pro Gramm beziehungsweise rund 1.600 Dollar pro Feinunze. Damit ist der Preis deutlich unter dem aktuellen Weltmarktpreis in Höhe von 1.960 Dollar pro Unze angesiedelt. Falls aber 5.000 Rubel pro Gramm dem Marktpreis entsprechen, lohnt sich der Verkauf für die russischen Banken und würde eine weitere Aufwertung des Rubels gegenüber dem Dollar oder dem Euro zur Folge haben.

Bereits in der letzten Woche konnte der Kurs des Rubels einiges an Wert gutmachen, nachdem Präsident Wladimir Putin angekündigt hat, dass die russischen Gasverkäufe künftig in Rubel oder Gold statt in Euro oder Dollar abgewickelt werden müssen. Das könne bald auch auf andere russische Rohstoffe ausgeweitet werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/62406ab148fbef265c799e54.jpg>

8:09 (7:09) [novorosinform.org](https://www.novorosinform.org): **Peking teilt Moskaus Sorgen um die nationale Sicherheit**

Die Chinesen haben Verständnis dafür, dass die russische Spezialoperation in der Ukraine durch Moskaus Bedenken hinsichtlich der nationalen Souveränität und territorialen Integrität ausgelöst wurde, schreibt die South China Morning Post.

Laut Professor Li Xing von der Universität Aalborg sieht Peking in Russlands Vorgehen eine Reaktion auf die Erweiterung des Bündnisses und teilt seine Besorgnis über die nationale Sicherheit.

„Es ist wahr, dass die überwiegende Mehrheit der chinesischen Öffentlichkeit in den chinesischen sozialen Netzwerken ihr tiefes Verständnis für Russlands Vorgehen in der Ukraine zum Ausdruck bringt“, zitierte ihn TASS.

Er stellte klar, dass dies nicht bedeute, dass die Menschen militärische Aktionen unterstützen, aber sie verstehen, dass die Russische Föderation und China zu Objekten der Eindämmung der westlichen Aggression und der NATO-Streitkräfte geworden sind.

Der Professor fügte hinzu, dass die Ereignisse auf dem Territorium der Ukraine die europäischen Länder noch näher an Washington heranführen könnten, was den Interessen Pekings zuwiderlaufen könnte, das im Westen als „systemischer Rivale Nummer eins“ bezeichnet wird.



https://novorosinform.org/content/images/19/67/41967_720x405.jpg

8:11 (7:11) ria.ru: **Ein ehemaliger SBU-Offizier sprach über die Untersuchung des Falles des Gefängnisses in Mariupol**

Bei der Untersuchung der Arbeit des Geheimgefängnisses am Flughafen Mariupol können nur Zeugen helfen: Da es diesbezüglich praktisch keine Dokumente gebe, müsse man nach ehemaligen Mitarbeitern des Flughafens suchen, glaubt der Ex-Oberstleutnant des SBU Wassili Prosorow.

Mitte März erlangte die Volksmiliz der DVR die Kontrolle über den Flughafen Mariupol im Westen der Stadt, derzeit gehen die Gefechte in seiner Nähe weiter.

„Wir werden einen Aufruf nach Mariupol senden: Alle, die in der „[Bibliothek](#)“ (Geheimgefängnis – Red.) auf dem Flugplatz Mariupol waren, sollen sich melden. Ich denke, die Leute werden sich an die Staatsanwaltschaft oder den Untersuchungsausschuss wenden, die sich mit dieser Untersuchung befassen. Außerdem können wir die Mitarbeiter des Flughafens, die dort all die Jahre gearbeitet haben, offiziell befragen“, sagte Prosorow gegenüber RIA Novosti.

Er erinnerte daran, dass der Flughafen all die Jahre in funktionsfähigem Zustand gehalten worden sei.

„Da waren Elektriker, Heizer, einige Diensthabende, Meteorologen, und das sind Dutzende von Leuten. Sie können alle verhört werden, und sie werden alle aussagen. Nun, und die (ehemaligen) Häftlinge werden berichten. Soweit ich weiß, hat das russische Untersuchungskomitee ein Strafverfahren im Zusammenhang mit der "Bibliothek" eingeleitet. Wir können mit Sicherheit Ermittlungsmaßnahmen durchführen, sie verhören und sie wegen bestimmter Vorfälle auf die Fahndungsliste setzen“, so Prosorow.

Es sei unwahrscheinlich, dass Dokumente gefunden werden, da das Gefängnis einen inoffiziellen Status hatte.

"Es gibt keine Unterlagen über die "Bibliothek", und sie wird auch nicht in Dokumenten aufgeführt. (Offiziell) existierte sie nicht, so dass es keine Unterlagen geben wird. Es gab sie einfach nicht, kein Kommandeur des Sektors ‚M‘ würde einen Befehl schreiben, ‚den Kühlschrank des Restaurants am Flughafen Mariupol als Haftanstalt für Personen zu nutzen, die staatsfeindlicher Aktivitäten verdächtigt werden‘. Selbst die Berichte, die über die Festnahme von Personen geschrieben wurden, würden vom Kommandanten des Sektors M mitgenommen und persönlich vernichtet“, so der Gesprächspartner der Agentur.

Gleichzeitig könnten im Gefängnis selbst Beweise über die dort Inhaftierten wie Blutspuren aufbewahrt werden.

Zuvor enthüllte Prosorow die Tatsachen über die Existenz einer geheimen Gefängnis-"Bibliothek" auf dem Flughafen von Mariupol, wo gefangene DVR -Milizionäre und ihre Sympathisanten festgehalten wurden. Sie alle wurden vom SBU und den nationalen Bataillonen gefoltert.

RIA Novosti veröffentlichte Zeugenaussagen ehemaliger Gefangener geheimer Gefängnisse über Folter. Die Zeugenaussagen werden durch ärztliche Atteste gestützt, die in Donezk und Mariupol nach ihrer Entlassung aus der Gefangenschaft ausgestellt wurden. Vier Milizionären gelang es auch, Strafverfahren von Strafverfolgungsbehörden der Ukraine wegen ihrer Folterbeschwerden zu erhalten.

Darüber hinaus wurde ein wichtiger Hinweis auf die Existenz von Geheimgefängnissen vom SBU oder den nationalen Sicherheitskräften selbst hinterlassen. Es gab Fälle, in denen sie auf ihren Websites und im Fernsehen über die Verhaftung gefährlicher "Terroristen" berichteten, die rechtliche Registrierung der Verhaftung aber erst ein oder zwei Wochen später erfolgte, wobei es zu Diskrepanzen zwischen den offiziellen Angaben (im Protokoll) und den tatsächlichen Umständen der Verhaftung kam. Die ganze Zeit über befand sich der Häftling im "Schatten" der ukrainischen Justiz, in einem Geheimgefängnis, wo seine Aussage aus ihm herausgeprügelt wurde. Auch RIA Novosti veröffentlichte Dokumente, die solche Ungereimtheiten belegen.

Zum Zeitpunkt der Proklamation der DVR im Jahr 2014 war Mariupol mit etwa 450.000 Einwohnern nach Donezk die zweitgrößte Stadt der Republik. Im Juni desselben Jahres erlangten die ukrainischen Sicherheitskräfte jedoch die Kontrolle über Mariupol zurück, und seine östlichen Vororte wurden zu einem der heißesten Konfliktorte in der Ukraine. Am 7. März 2022 sagte Alexander Semjonow, stellvertretender Kommandeur des Wostok-Bataillons der DVR, dass die Stadt umzingelt sei und eine Säuberung einiger ihrer Bezirke begonnen habe. Derzeit finden in der Stadt Befreiungskämpfe statt. Neben anderen ukrainischen Einheiten in Mariupol gibt es ein nationalistisches Regiment „Asow“, gegen dessen Kämpfer in der Russischen Föderation ein Strafverfahren eingeleitet wurde.

Am 21. Februar unterzeichnete der russische Präsident Wladimir Putin Dekrete zur Anerkennung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk und am 24. Februar startete Russland eine spezielle Militäroperation in der Ukraine. Putin nannte sein Ziel "den Schutz von Menschen, die seit acht Jahren Unterdrückung und Völkermord durch das Kiewer Regime ausgesetzt sind". Ihm zufolge sei dafür die „Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine“ geplant. Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums greifen die Streitkräfte nur militärische Infrastruktur und ukrainische Truppen an. Mit Unterstützung der Streitkräfte der Russischen Föderation entwickeln die Gruppierungen DVR und LVR eine Offensive. Von einer Besetzung der Ukraine sei aber keine Rede, betonte der russische Präsident.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/03/1c/1780416574_0:0:1920:1080_600x0_80_0_0_64c04c08bf0feb6fc3ed49160905c030.jpg

7:12 de.rt.com: **Folterungen von Kriegsgefangenen durch ukrainische Soldaten?**

Russland leitet Untersuchung ein

Im Internet sind Videos aufgetaucht, in denen, wie es scheint, mutmaßlich ukrainische Soldaten russische Kriegsgefangene quälen und töten. Russische Behörden haben diesbezüglich eine Untersuchung eingeleitet.

Russland hat eine Untersuchung eingeleitet, nachdem im Internet ein Video aufgetaucht ist, das angeblich die Folterung von russischen Kriegsgefangenen durch ukrainische Soldaten zeigt. Das Untersuchungskomitee des Landes teilte am Sonntag in einer Erklärung mit: "Das [Video](#), das im Internet kursiert, zeigt, wie gefangenen Soldaten in die Beine geschossen wird, anstatt ihnen medizinische Hilfe zu leisten."

Der Leiter des Gremiums Alexander Bastrykin hat die Ermittler angewiesen, "alle Umstände des Vorfalls zu ermitteln, Beweise zu sammeln und aufzuzeichnen und alle daran beteiligten Personen zu identifizieren, um sie anschließend vor Gericht zu stellen". Während nicht sofort klar war, wo oder wann die beunruhigenden Videos gedreht wurden, deuten einige Berichte darauf hin, dass sich der Vorfall auf einem Militärgelände in der ostukrainischen Region Charkow abspielte, das von rechtsradikalen Einheiten genutzt wird.

Mehrere verstörende Clips, die offenbar in derselben unbekanntenen Einrichtung gedreht wurden, tauchten am Wochenende im Internet auf. Das Filmmaterial zeigt mehrere Personen, offenbar russische Kriegsgefangene, die auf dem Boden liegen. Alle Soldaten scheinen schwer geschlagen worden zu sein und haben Wunden an den Beinen.

Die verletzten Soldaten werden von bewaffneten Männern verhört, von denen viele blaue Armbinden tragen, die üblicherweise von ukrainischen Einheiten verwendet werden. Einige der Verwundeten starben offenbar während des Verhørs. Auf dem Filmmaterial ist auch zu sehen, wie drei weitere Gefangene aus einem Lieferwagen geholt werden und ihnen aus nächster Nähe in die Beine geschossen wird.

Die in den Videos gezeigte extreme Grausamkeit hat selbst bei pro-ukrainischen Persönlichkeiten Verurteilungen hervorgerufen. So bezeichnete Eliot Higgins, der Gründer des von der US-Regierung finanzierten "investigativen Journalismus"-Outlets Bellingcat, den Vorfall als "sehr ernst" und forderte eine "weitere Untersuchung" der verstörenden Bilder. ...



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/624142b6b480cc27ce7e79a9.jpg>

7:37 de.rt.com: Ex-Minister im ukrainischen Fernsehen: "Ein guter Russe ist ein toter Russe"

Der ehemalige ukrainische Minister für Infrastruktur, Wladimir Omeljan, schlug vor, nach dem Moskauer Kreml auch Sankt Petersburg zu zerstören. In einem Kommentar im ukrainischen Fernsehen weitete er seinen Vorschlag aus: Besser wäre es, wenn alle Russen sterben.

Wie gehen wir mit den Russen um? Diese Frage beschäftigt derzeit sehr viele im Westen und in der Ukraine. Denn die Russen scheinen in ihrer deutlichen Mehrheit die Ziele der russischen Militäroperation in der Ukraine zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung der

Ukraine zu unterstützen oder zumindest nachzuvollziehen.

So sagte der russische Anwalt des ukrainischen Ex-Präsidenten Petro Poroschenko, Ilja Nowikow, in einem Interview am 17. März mit dem Youtube-Kanal Populäre Politik (Ex-Navalny Live), es gebe derzeit in der Ukraine keine Ressourcen, sich mit der "Sortierung der Russen auf gute und schlechte" zu beschäftigen. Er selbst sei jetzt Ukrainer, weil er die ukrainische Staatsbürgerschaft beantragt habe.

Der ehemalige Minister der Ukraine für Infrastruktur und Ex-Diplomat Wladimir Omeljan unterschied in einem Interview ebenso zwischen "guten" und "schlechten" Russen:

"Ich hoffe, dass die Diskussion über gute und schlechte Russen mit einer kurzen Schlussfolgerung enden wird: Ein guter Russe oder einfach ein Moskauer (укр. москаль) ist ein toter Moskauer. Sie sind von Geburt an so schlecht und es lohnt sich überhaupt nicht, darüber zu reden."

So lautete Omeljans Antwort auf die Frage des Moderators eines regionalen Fernsehsenders aus Lwow, was er mit seinem Facebook-Kommentar meinen würde, als er schrieb, dass der Moskauer Kreml und Sankt Petersburg zerstört werden müssten.

Ähnlich regierte der Politiker und jetziges Mitglied einer Kiewer Einheit für Territorialverteidigung auf den russischen Angriff mit Präzisionswaffen auf ein Brennstofflager und das Panzer-Reparaturwerk im westukrainischen Lwow. Omeljan machte in seinem Kommentar dazu deutlich, dass die komplette Vernichtung Russlands ein primäres Ziel der Ukrainer sein müsse:

"Wir müssen diesen Krieg überleben und alles darauf setzen, dass sich Russland nicht aus seinen Sümpfen erheben kann. Wenn wir dies nicht zu Ende bringen, werden die Probleme auf unsere Kinder und Enkelkinder übertragen."

Wladimir Omeljan hat mehrere Jahre in den Strukturen für euroatlantische Integration der Ukraine als Diplomat gearbeitet und leitete in den Jahren 2016 bis 2019 das Ministerium für Infrastruktur. Er führt populären Facebook-Blog und tritt als Experte beim US-Kanal Fox News auf. "Wiederholen Sie nicht die alten Fehler und füttern Sie nach einem weiteren Zusammenbruch des russischen Reiches nicht wieder hungrige Russen – sie werden Ihr Geld nehmen, damit Waffen kaufen und Sie erneut angreifen", sagte er dort bei seinem letzten Auftritt.

"Wir haben wiederholt ähnliche Aussagen von verschiedenen Personen gehört, darunter auch von Wladimir Omeljan selbst. Ein ukrainischer Fernsehmoderator ruft dazu auf, russische Kinder zu töten, Militärärzte sagen, russische Kriegsgefangene sollten verstümmelt werden. Wir haben es mit einem recht eindeutigen, bereits etablierten Trend zu tun", kommentierte der russische Politikwissenschaftler und Historiker Wladimir Kornilow diese Äußerungen in der Internetzeitung Wzgljad.

Er wies darauf hin, dass Omeljan als er noch Minister war – und damit lange vor der russischen Militäroperation – eine Torte mit den Ruinen des Kreml zu seinem 40. Geburtstag bekommen hat. Er habe auch die Symbolik der Ukrainischen Aufständischen Armee UPA gerne getragen. Solche Aussagen seien mit einem angeblichen posttraumatischen Syndrom nicht zu erklären. Andere Politiker hätten sich auch vor Beginn der Militäroperation ähnlich geäußert.

"Wir gratulierten dem Minister zu seinem Geburtstag und überreichten ihm den Kreml (Ruinen). Und eine Hand mit einem Manschettenknopf in den Farben der UPA aß den Stern des Spasskaja-Turms", schrieb die Pressesekretärin des Ministers über das Geschenk auf Facebook.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/624088d0b480cc46726b6767.PNG>
G

7:50 de.rt.com: **Biden rudert nach Aufruf zu Putins Absetzung zurück**

US-Präsident Joe Biden stellte am Sonntag klar, dass die Vereinigten Staaten keinen Regimewechsel in Russland anstreben. Damit rudert er von seiner vorigen Erklärung zurück, der russische Präsident Wladimir Putin könne "nicht an der Macht bleiben".

Biden hatte Putin am Samstag in Polen unter anderem als "Schlächter" bezeichnet und damit die Haltung der USA gegenüber Moskau im Zusammenhang mit dem Einmarsch in der Ukraine deutlich verschärft.

Am Sonntag beim Verlassen eines Gottesdienstes in Washington von einem Reporter gefragt, ob er einen Regimewechsel in Russland fordere, antwortete Biden mit einem Wort: "Nein." Aktive US-Spitzendiplomaten versuchten bereits am Sonntag, Bidens Erklärung herunterzuspielen.

Julianne Smith, die US-Botschafterin bei der NATO, beschwichtigte: Die Worte seien nach einem Tag gefallen, an dem Biden mit ukrainischen Flüchtlingen in Warschau gesprochen habe. "Ich denke, dies war eine prinzipielle menschliche Reaktion auf die Schilderungen, die er an diesem Tag gehört hatte", so Smith in der CNN-Sendung "State of the Union." Sie befand es für wichtig, klarzustellen:

"Die USA verfolgen keine Politik eines Regimewechsels in Russland. Punkt."

Kritik zu Bidens eskalierend wirkender Äußerung kam nicht nur wie zu erwarten aus Moskau, sondern auch aus dem Westen.

Richard Haass, der Vorsitzende der US-Denkfabrik Council on Foreign Relations, äußerte seine Besorgnis darüber, dass Biden "soeben die Kriegsziele der USA ausgeweitet und zum Regimewechsel aufgerufen" habe. Dies sei mit den Zielen der USA, den Krieg zu für die Ukraine annehmbaren Bedingungen beendet zu sehen, unvereinbar. Der altgediente Diplomat legte sogar nahe, ein hochrangiger Beamter von Biden, möglicherweise der nationale Sicherheitsberater oder der Außenminister, müsse sich dringend an seinen russischen Amtskollegen mit einer deeskalierenden Erklärung wenden.

Gegenüber Journalisten des Senders France 3 bemerkte auch der französische Präsident Emmanuel Macron zu Bidens Äußerungen: "Ich würde diese Worte nicht benutzen." Mit seinen Aussagen torpediere Biden die diplomatischen Bemühungen des Westens um einen russischen Truppenabzug aus der Ukraine, deutete Macron an:

"Wenn wir etwas erreichen wollen, dürfen wir weder in Worten noch in Taten eskalieren."

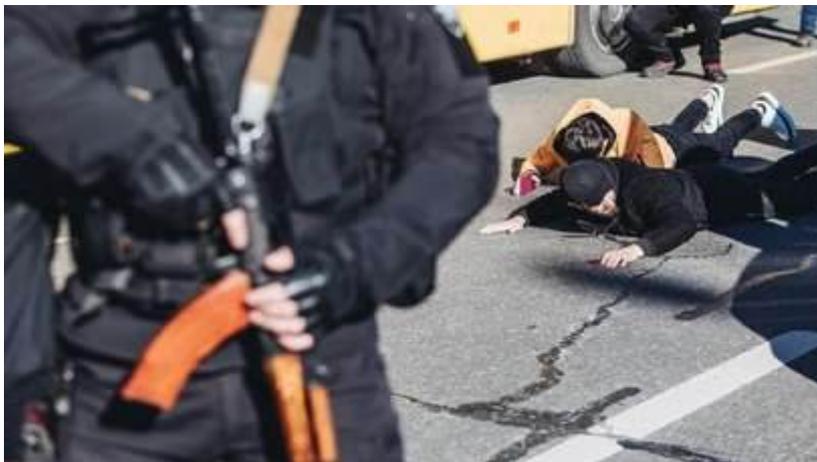
9:00 (8:00) novorosinform.org: **Selenskij hat die Kontrolle über die Nazi-Bataillone**

verloren - Abgeordneter der Staatsduma

Der Präsident der Ukraine, Wladimir Selenskij, kontrolliert die Aktionen der Nazi- Bataillone nicht mehr, sagte der Abgeordnete der Staatsduma der Republik Krim Michail Scheremet. Während seines Arbeitsbesuchs im Donbass als Teil der Krim-Delegation [sagte](#) Sheremet gegenüber RIA Novosti, dass der Selenskij die Situation im Land nicht mehr kontrolliere. Seiner Meinung nach ist Selenskyj keine Autorität für ukrainische Radikale, sie gehorchten ihm nicht, seine Befehle würden nicht ausgeführt. Die Nazisten würden ausschließlich von ihren eigenen Interessen geleitet, und all ihr "Patriotismus" sei dem Dollaräquivalent zu verdanken.

"Sie brauchen keine Ukraine", fügte Sheremet hinzu.

Zuvor hatte das russische Verteidigungsministerium das Kiewer Regime beschuldigt, Terror gegen die Bürger ihres Staates zu entfesseln. Laut Generaloberst Michail Misinzew, Leiter des russischen Nationalen Verteidigungskontrollzentrums, gebe es viele Zeugen für die Tötung von Zivilisten durch ukrainische Militante in Sumy und Charkow sowie für Raubüberfälle in anderen Städten.



https://novorosinform.org/content/images/19/73/41973_720x405.jpg

8:15 de.rt.com: Update über Lage der Evakuierten und Geflohenen der Volksrepubliken Donezk und Lugansk

Die Zahl der aus der Ukraine und dem Donbass nach Russland eingereisten Bürger, die sich aus umkämpften oder beschossenen Gebieten evakuieren ließen oder auf eigene Faust geflohen sind, überstieg am Montagmorgen 472.000. Dies teilte eine Quelle in einer der Sicherheitsbehörden Russlands der Nachrichtenagentur TASS mit. Der Gesprächspartner der russischen Nachrichtenagentur legte die Anteile von Staatsbürgern Russlands, der beiden Volksrepubliken und der Ukraine sowie von Kindern an der Gesamtflüchtlingszahl dar: "Mehr als 472.000 Menschen sind bereits aus den Volksrepubliken Donezk und Lugansk und der Ukraine in die Russische Föderation gekommen. Darunter fast 100.000 Kinder. Rund 144.000 von ihnen sind russische Staatsbürger, etwa 269.000 haben die Staatsbürgerschaft der Volksrepubliken Donezk und Lugansk, beinahe 60.000 sind Bürger der Ukraine und anderer Staaten."

Außerdem folgt aus den Worten des Beamten, dass mehr als 397.000 Menschen und damit über vier Fünftel der Gesamtzahl der Geflohenen und Evakuierten die Grenze der Russischen Föderation von den Volksrepubliken Donezk und Lugansk aus über Übergangspunkte in der Region Rostow überquert haben. Die restlichen 75.000 Menschen sind unmittelbar aus dem Gebiet der Ukraine über die Grenzübergangspunkte der Regionen Belgorod, Brjansk, Kursk und der Republik Krim gekommen.

Aktuell sind mehr als 24.000 Flüchtlinge, darunter mehr als 10.000 Kinder, derzeit in 34 Regionen Russlands in Notunterkünften untergebracht.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/6241561448fbef26da1ee61c.jpg>

9:17 (8:17) novorosinform.org: **Radikale drohen, Krimtataren in der Region Cherson zu töten**

Ukrainische Nationalisten drohten, gegen Krimtataren vorzugehen, wenn sie sich weigerten, an Aktionen gegen die Russische Föderation teilzunehmen, sagte Eywas Umerow, Leiter der regionalen Gemeinschaft der Krimtataren.

Demnach habe er in letzter Zeit viele Anrufe von in der Region lebenden Krimtataren erhalten, die sich darüber beschwerten, dass sie unter allerlei Druck stünden, bedroht und eingeschüchtert würden.

„Einschließlich ihrer Kinder, die in den Städten der Ukraine studieren, die unter der Kontrolle der Nazis stehen, oder im Ausland studieren“, schrieb Umerow in seinem Telegram-Kanal. Er fügte hinzu, dass die ukrainischen Radikalen verlangten, dass die Krimtataren an antirussischen Aktionen teilnehmen, damit sie diese Informationen dann an die ukrainischen und westlichen Medien weitergeben können. Laut Umerow sind Vertreter der sogenannten "Mejlis" von der Krim geflohen, und jetzt fliehen sie aus der Ukraine, also versuchen sie, die krimtatarische Bevölkerung für ihre Interessen und westliche Kuratoren zu nutzen.

„Alle auf diese Weise erlangten Beweise für Gewalt gegen die Zivilbevölkerung werden vor dem gegen sie organisierten internationalen Tribunal gegen die Nazis verwendet“, schrieb Umerow.



https://novorosinform.org/content/images/19/74/41974_720x405.jpg

9:39 (8:39) novorosinform.org: **Rospotrebnadzor kontrolliert die Situation mit Bränden in der Tschernobyl-Zone**

Russische Experten überwachen regelmäßig die Strahlungssituation im Bereich des Kernkraftwerks Tschernobyl im Zusammenhang mit Berichten über Brände in der Umgebung, schreibt TASS unter Berufung auf den Pressedienst der Abteilung.

Laut Rospotrebnadzor halten Experten derzeit die Hintergrundstrahlung in den Grenzgebieten der Russischen Föderation für stabil.

„Im Zusammenhang mit den Bränden in der Sperrzone von Tschernobyl überwacht Rospotrebnadzor die Strahlungssituation in der Russischen Föderation in den Grenzgebieten“, erklärte das Ministerium.

Zuvor berichteten Vertreter des ukrainischen Ministeriums für natürliche Ressourcen von Bränden in den Wäldern von Tschernobyl und verlassenen Siedlungen, die zur Sperrzone gehören.

Um die Sicherheit in der Region Kiew und in der Tschernobyl-Zone zu gewährleisten und Provokationen durch ukrainische Radikale zu verhindern, organisierten die russischen Streitkräfte in diesem Gebiet Kontrollpunkte und nahmen die Situation vollständig unter ihre Kontrolle.



https://novorosinform.org/content/images/19/75/41975_720x405.jpg

9:02 de.rt.com: **Ukraine fordert Ausschluss Russlands aus der internationalen Atomaufsichtsbehörde**

Die Ukraine arbeitet mit ihren westlichen Unterstützern daran, Russland aus der Internationalen Atomenergie-Organisation auszuschließen oder zumindest seine Vertreter von Schlüsselpositionen in der Aufsichtsbehörde zu entfernen. Das teilte eine ukrainische Beamtin mit.

Nach Angaben des staatlichen US-Rundfunksenders Radio Free Europe/Radio Liberty erklärte Elena Serkal, eine Beraterin des ukrainischen Energieministers, am Sonntag gegenüber Journalisten, dass ihr Land am Ausschluss Russlands aus der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) arbeite. Die ukrainische Regierung hat behauptet, Russlands angebliche "Politik des Nuklearterrorismus" sei eine "unbestreitbare Grundlage" für den Ausschluss des Landes aus der internationalen Atomaufsichtsbehörde.

Als Beispiel für dieses Verhalten nannte sie die Übernahme mehrerer ukrainischer Atomanlagen durch russische Truppen.

Russische Truppen übernahmen am ersten Tag der russischen Militäroffensive in der Ukraine die Kontrolle über das teilweise stillgelegte Kernkraftwerk Tschernobyl. Kurz darauf gab das russische Militär eine Erklärung ab, in der es hieß, die Mitarbeiter des Kraftwerks arbeiteten

weiter und es bestehe keine Gefahr eines nuklearen Unfalls.

Die ukrainischen Behörden haben jedoch behauptet, dass die russischen Truppen das Personal zwingen, lange Schichten ohne Rotation zu arbeiten. Eine Situation, die der Generaldirektor der IAEO, Rafael Mariano Grossi, als potenziell gefährlich bezeichnet hat. In einer am vergangenen Dienstag veröffentlichten Erklärung warnte Grossi, dass die Mitarbeiter des Kernkraftwerks Tschernobyl "unter enormem Stress und ohne die nötige Erholung" arbeiten würden.

Darüber hinaus wurde am 9. März die Stromversorgung der Anlage unterbrochen, sodass das Personal Ersatzdieselgeneratoren einschalten musste, um das normale Funktionieren des Kühlsystems zu gewährleisten. Fünf Tage später wurde eine der Stromleitungen, die die Anlage mit Strom versorgen, wiederhergestellt. Nach Angaben des russischen Militärs wurde der Stromausfall durch ukrainischen Beschuss eines nahe gelegenen Umspannwerks verursacht.

Am 4. März übernahmen russische Truppen das Kernkraftwerk Saporoschkaja im Süden der Ukraine. Medienberichten zufolge geriet eines der Gebäude auf dem Gelände infolge von Kämpfen in Brand, wobei sich Kiew und Moskau gegenseitig die Verantwortung an dem Vorfall geben.

Abgesehen von den Anlagen, die jetzt unter russischer Kontrolle stehen, sind in der Ukraine noch drei weitere Kernkraftwerke in Betrieb.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6241491148fbef2667649bdc.jpg>

10:16 (9:16) ria.ru: **Popowa berichtete von mehr als 300 von den USA finanzierten Biolabors weltweit**

Es gibt weltweit mehr als 300 von den USA finanzierte zivile und militärische biologische Labors, sagte Anna Popowa, Leiterin von Rospotrebnadzor.

„Dies sind Gebiete, in denen es eine hohe Konzentration von US-Labors gibt, sowohl militärische als auch zivile, heute sind es sogar noch mehr, als die Folie erstellt wurde, waren es mehr als 200, heute sind es mehr als 300“, sagte Popowa auf dem jährlichen Allrussischen Kongress für Infektionskrankheiten, der nach dem Akademiker Pokrowskij benannt ist. Sie stellte fest, dass Länder vor dem Hintergrund der Coronavirus-Pandemie weltweit neue derartige Einrichtungen bauen.



https://cdn21.img.ria.ru/images/153022/33/1530223329_0:143:2963:1810_1280x0_80_0_0_8cfa02ce012c9eb2403893d14d19ea7c.jpg

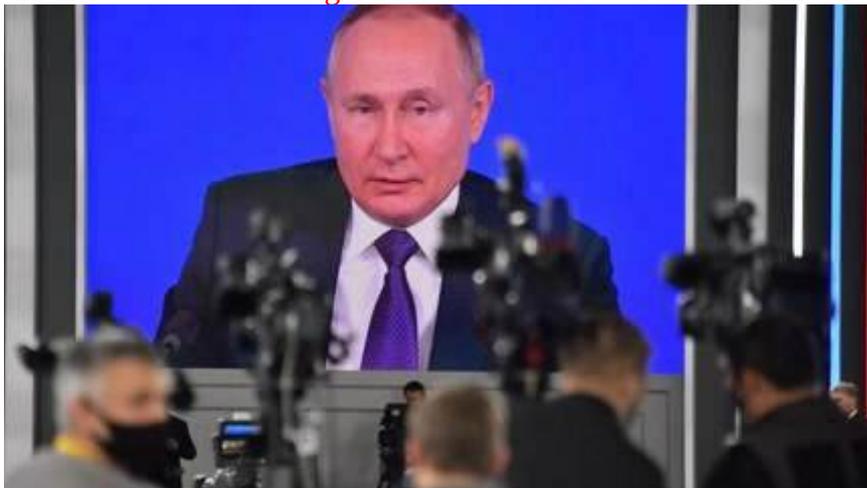
10:18 (9:18) novorosinform.org: **Der Europarat erkannte die Notwendigkeit eines Dialogs mit Putin an**

Laut dem Vorsitzenden des Europarates, Charles Michel, müssen westliche Vertreter mit dem russischen Staatschef Wladimir Putin verhandeln.

In einem sozialen Netzwerk kommentierte Michel die Situation, die sich in den Beziehungen zwischen Russland und dem Westen entwickelt hat, und erklärte, dass der Westen mit Putin verhandeln müsse, da er Präsident und Staatsoberhaupt sei.

"Wir müssen mit Putin im Dialog bleiben, denn er sitzt heute wohl oder übel im Kreml", wird Michel zitiert.

Früher wurde berichtet, dass die Präsidenten Russlands und der Türkei, Wladimir Putin und Recep Tayyip Erdogan, bei Telefongesprächen vereinbart hätten, die nächsten Gespräche zwischen der russischen und der ukrainischen Delegation in Istanbul zu führen. Laut dem russischen Präsidentenberater Wladimir Medinski solle das Treffen der russischen und ukrainischen Verhandlungsführer am 29. und 30. März stattfinden.



https://novorosinform.org/content/images/19/77/41977_720x405.jpg

9:20 de.rt.com: **Türkei warnt vor "Abriss aller Brücken" zu Russland**

Ankara ruft die internationale Gemeinschaft dazu auf, nicht alle Brücken zu Moskau abzureißen. Man weist darauf hin, dass auch Russland das Recht hat, gehört und wahrgenommen zu werden.

Ibrahim Kalin, der Sprecher des türkischen Präsidenten, hat am Sonntag während der

Eröffnungssitzung des Doha-Forums vor einer Isolierung Moskaus gewarnt und erklärt, dass Russland "auf die eine oder andere Weise gehört werden muss". Er fragte:

"Wenn jeder die Brücken zu Russland abreißt, wer wird dann am Ende des Tages mit ihnen reden?"

Gleichzeitig forderte er die Staats- und Regierungschefs aus aller Welt auf, die Ukraine "mit allen Mitteln zu unterstützen, damit sie sich gegen die Ende Februar gestartete russische Offensive verteidigen" könne. Die russische Position müsse jedoch berücksichtigt werden, betonte er:

"Der russische Fall muss angehört werden, so oder so."

Das NATO-Mitglied Türkei bemüht sich um eine neutrale Haltung in dem anhaltenden Konflikt und versucht, als Vermittler zwischen Moskau und Kiew aufzutreten. Im Gegensatz zu anderen Mitgliedern des von den USA geführten Blocks weigert sich Ankara, Wirtschaftssanktionen gegen Russland zu verhängen, und hält seine diplomatischen Kanäle zu beiden Seiten offen.

Ausdrücklich weigert sich die türkische Führung, ihre aus Russland gelieferten S-400-Flugabwehrraketensysteme zur Unterstützung des ukrainischen Militärs abzugeben. Während westliche Medien über den möglichen Transfer – offenbar als Gegenleistung für die Lieferung von F-35-Kampfflugzeugen und Flugabwehrsystemen aus US-Produktion durch Washington – berichteten, sagten hohe türkische Beamte, dass dies nicht zur Debatte stehe. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan erklärte:

"Für uns ist die Angelegenheit erledigt. Sie sind unser Eigentum und dienen unserer Verteidigung, also ist es erledigt."

Ankara hat die Meerengen der Türkischen See, die das Schwarze Meer mit dem Mittelmeer und der Ägäis verbinden, unter Berufung auf die Bestimmungen des Montreux-Abkommens von 1936 geschlossen. Nach diesem Abkommen kann Ankara die Meerengen für Militärschiffe aller Nationen im Kriegszustand sowie im Falle eines drohenden Angriffs sperren.

Russische Truppen wurden Ende Februar im Rahmen einer militärischen Sonderoperation zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine sowie zum Schutz der Volksrepubliken Donezk und Lugansk und der nationalen Sicherheitsinteressen Russlands in das russische Nachbarland entsandt. Kiew hat Moskau eine unprovokierte Offensive vorgeworfen. Die EU, die USA und andere Länder haben mit beispiellosen Sanktionen reagiert, die sich gegen die russische Wirtschaft und mehrere ausgewählte hochrangige Beamte richten. Die militärische Sonderoperation Russlands wurde von der Vollversammlung der Vereinten Nationen mehrheitlich verurteilt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/624157e3b480cc2ad1234a93.jpg>

10:43 (9:43) novorosinform.org: **Den BFU geht die Munition aus – Basurin**

Der offizielle Vertreter der Volksmiliz der DVR, Eduard Basurin, sagte, dass der Mangel an Munition in den bewaffneten Formationen der Ukraine die Kämpfer zwingt, die Waffen niederzulegen und sich zu ergeben.

Basurin erzählte davon, in einer Sendung des Fernsehsenders „Rossija 24“, berichtet RIA Novosti.

"Es scheint, dass jetzt weniger Munition ankommt. Ich habe schon einmal gesagt, dass ihr Vorrat zur Neige geht", sagte Basurin.

Er merkte auch an, dass diese Situation das ukrainische Militär zwingt, die Waffen niederzulegen. Darüber hinaus erhöhten die DVR-Truppen die Vormarschgeschwindigkeit in einigen Bereichen der Operation. Gleichzeitig erklärte Basurin, dass die aktuelle Intensität der Feindseligkeiten in Mariupol direkt von der gestellten Aufgabe abhängt, die Sicherheit der Einwohner zu maximieren und die Infrastruktur der Stadt zu erhalten.



https://novorosinform.org/content/images/19/78/41978_720x405.jpg

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 28.3.22 um 10:30 Uhr**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner mehr als 100 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 122mm-Rohrartillerie und 120mm-Mörsern abgefeuert..

Unter Beschuss waren die Gebiete von **9 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression wurden **41 Zivilisten, darunter fünf Kinder, verletzt**. 21 Wohnhäuser, 6 zivile Infrastrukture Objekte und ein Fahrzeug wurden beschädigt.

Der Gegner unterlässt die Versuche nicht, taktische Raketenkomplexe „Totschka-U“ einzusetzen, um Schläge auf Objekte der zivilen Infrastruktur und Verkehrsknotenpunkte unserer Republik zu verüben.

In den letzten 24 Stunden haben die Luftabwehreinheiten der Donezker Volksrepublik **drei Totschka-U-Raketen** vernichtet.

Die Materialien zur Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter von internationalen Organisationen sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.

Seit Beginn des heutigen Tages haben unsere Soldaten 57 ukrainische Nationalisten, 2 Feuerpositionen von 122mm-Haubitzen D-30, einen Schützenpanzerwagen und drei Panzerfahrzeuge vernichtet. Ein Artilleriegeschütz 2S1 „Gwosdika“, ein Schützenpanzer und zwei Schützenpanzerwagen wurden erbeutet.

12 Soldaten der 54. mechanisierten und 5 Soldaten der 25. Luftlandebrigade haben

freiwillig die Waffen niedergelegt und sind auf die Seite der Donezker Volksrepublik übergegangen.

Ich empfehle allen Soldaten der ukrainischen Streitkräfte dem Beispiel ihrer Kameraden zu folgen und ihr Leben zu retten. Nur wenn Sie freiwillig die Waffen niederlegen werden Sie zu Ihren Familien zurückkehren können.

Ich wende mich an die örtlichen Einwohner und danke ihnen für die operativen Informationen über Handlungen des Gegners und hilfsbedürftige Zivilisten über den offiziellen Informationsbot der Volksmiliz in der App „Telegram“.

Wie wir bereits mitteilten, hat das Kommando die Entscheidung getroffen, Zivilisten eine finanzielle Vergütung für wertvolle Informationen und aktive Beteiligung zu gewähren, ich teile mit, dass bis jetzt bereits 20.000 Dollar ausgezahlt wurden. Danke für die aktive Beteiligung und die Verfügungstellung von Informationen.

Der offizielle Kommunikationsbot der Volksmiliz ist ständig in Betrieb. An ihn können sowohl Zivilisten, die der Armee Russlands und der LDVR mit Informationen helfen wollen, als auch ukrainische Militär, die die Waffen niederlegen und auf unsere Seite übergehen wollen, schreiben.

11:18 (10:18) ria.ru: **Die Vereinigten Staaten nannten die Hauptwaffen Russlands bei der Spezialoperation in der Ukraine**

Die russische Spezialoperation in der Ukraine zeichne sich durch den aktiven Einsatz unbemannter Luftfahrzeuge aus, schreibt Sam Cranny-Evans, Kolumnist des amerikanischen Magazins The National Interest.

Laut einem Forschungsanalysten des Royal United Services Institute erfüllen russische Drohnen, insbesondere Orion, Orlan, Eleron und Tachion, drei wichtige Aufgaben: Konvoiunterstützung und Aufklärung gegen Sabotage, Artillerieerkennung und Feuerleitung sowie Aufklärung und Angriffsmissionen.

„Vom russischen Verteidigungsministerium veröffentlichtes Videomaterial deutet darauf hin, dass Artillerieangriffe, die mit Drohnen, oft Orlan-10s, koordiniert werden, den Einsatz von lasergelenkten 152-mm-Projektilen wie dem 2K25 Krasnopol beinhalten. Die Drohne beleuchtet das Ziel mit einem Laser, um eine Führung zu geben.< ...> Da einige der Angriffe in der Ukraine auf einzelne Fahrzeuge zu erfolgen scheinen, ist es wahrscheinlich, dass die russischen Artilleriekräfte bei ihrem Einsatz angemessen große aber nicht übermäßige Kapazitäten wählen“, glaubt der Autor.

Cranny-Evans hob besonders die Aufklärungs- und Angriffsfunktion russischer Drohnen hervor, die beispielsweise die kriminelle Platzierung von BFU-Ausrüstung in zivilen Einrichtungen bewiesen.

"Ein Paradebeispiel dafür war in der Ukraine der Raketenangriff auf das Einkaufszentrum Retroville. Drohnenaufnahmen könnten verwendet worden sein, um den ersten Langstreckenraketenangriff zu koordinieren, der ukrainische Mehrfachraketenwerfer und zusätzliche Raketenlager zerstörte. Diese Fähigkeiten erhöhen Russlands Reaktionsgeschwindigkeit und die Genauigkeit, mit der es ukrainische Streitkräfte angreifen kann.", schließt der Autor des Artikels.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e5/0c/12/1764366402_0:148:3072:1876_1280x0_80_0_0_432df25531884b1fa9db9e3b37568d2e.jpg

11:19 (10:19) novorosinform.org: **In Lugansk wartet man auf den Abschluss der Spezialoperation zur Befreiung des Territoriums der LVR**

Laut dem Assistenten des Innenministers der Republik wird in Kürze die vollständige Befreiung des Territoriums der LVR erwartet.

In einem Gespräch mit der Agentur RIA Novosti stellte er fest, dass es offensichtlich sei, dass die Militäroperation in naher Zukunft beendet werde, "obwohl dies schwierig sein wird".

Der Staatschef der Republik, Leonid Paseschnik, hatte zuvor seine Erklärung über die Möglichkeit, auf dem Territorium der LVR ein Referendum über den Beitritt zu Russland abzuhalten, kommentiert und stellte fest, dass dies seine persönliche Meinung sei und dass entsprechende Vorbereitungen offiziell nicht im Gange seien.

Ihm zufolge stehe die Führung der Region jetzt vor der Hauptaufgabe - die Gebiete des Donbass vom Faschismus zu befreien, damit die Menschen in Zukunft selbst entscheiden können - "mit wem und wie sie leben". Obwohl diese Wahl, wie er erinnerte, von Donbass bereits 2014 während des Russischen Frühlings getroffen worden sei.



https://novorosinform.org/content/images/19/82/41982_720x405.jpg

10:33 de.rt.com: **"Noch nie so nah am kollektiven Kollaps" – Wirtschaftsexperte warnt vor Kollaps der Autoindustrie**

Eine der wichtigsten und zugleich symbolträchtigsten Industriezweige in Deutschland, die Autoindustrie, stand schon vor dem Ukraine-Krieg gewaltig unter Druck. Doch nun warnt Wirtschaftsexperte Helmut Becker in einem Beitrag für "ntv" vor einem Kollaps.

In einem Beitrag auf ntv warnt der Wirtschaftsexperte Helmut Becker vor einem Zusammenbruch der deutschen Autoindustrie. Becker war 24 Jahre lang Chefvolkswirt bei BMW und leitet seit 1997 das "Institut für Wirtschaftsanalyse und Kommunikation" (IWK). Laut dem Wirtschaftsexperten habe die deutsche Autobranche den Strukturwandel, die Corona-Krise und den Halbleitermangel "mit Bravour bewältigt", doch der Ukraine-Krieg treffe die Branche "ins Mark".

Laut Becker drohten eine nochmalige Sanktionsverschärfung, ein gegebenenfalls einseitiger Stopp russischer Energielieferungen nach Deutschland und eine Verlängerung des Krieges. Sollte sich die Entwicklung bestätigen, könnten "die Folgen für die deutsche Wirtschaft und vor allem für die heimische Automobilindustrie katastrophal sein", so Becker.

Schon jetzt sei die Lage der deutschen Autoindustrie ernst, sehr ernst sogar, schreibt der Ökonom auf ntv. Die Gefährdungslage habe sich substantiell verändert. Zwar habe sich ein Ende des freien Welthandels mit allen schädlichen Wirkungen auf eine so stark exportabhängige Branche bereits zu Zeiten von US-Präsident Donald Trump "mit all den Schikanen, Handelsembargos und Sonderzöllen" angekündigt. Doch damit sei die Autobranche fertig geworden. Es habe seinerzeit "Raum für geordnete und beherrschbare Standortmaßnahmen" gegeben.

"Materialmangel nie gekanntes Ausmaßes"

Doch die neue Bedrohung durch den Ukraine-Krieg habe "eine andere Qualität". Der "Flurfunk" in den Konzernzentralen der deutschen Autobauer zeichne ein bedrohliches Szenario. Becker schreibt auf ntv:

"Nie in der Nachkriegszeit - selbst während der Ölkrise und Sonntagsfahrverbote nicht - war die gesamte Branche, über die ganze Wertschöpfungskaskade hinweg, so nahe am kollektiven Kollaps wie derzeit."

Schuld daran sei "ein Materialmangel nie gekanntes Ausmaßes". Im Speziellen betreffe dies Kabelbäume aus der Ukraine. Hinzu kämen teilweise auch "ein Mangel an seltenen Rohstoffen, wie etwa dem Edelgas Neon". Laut Becker erscheine zumindest die Lücke an seltenen Rohstoffen "irgendwie überbrückbar", doch die fortschreitende Unterbrechung der Zulieferung von Kabelbäumen stelle eine einzigartige Bedrohung der gesamten automobilen Wertschöpfungskette hierzulande dar.

Kabelbäume aus der Ukraine seien gegenwärtig für die deutsche Autoproduktion unverzichtbar, so Becker weiter in seinem Beitrag auf ntv. Die Lage sei dabei wesentlich brisanter als 2021, als zunehmende Lieferengpässen von Speicherchips aus Asien temporär zu Produktionsunterbrechungen bis hin zu zeitweiligen Werkschließungen und Kurzarbeit geführt hatten.

Doch das seien "eben nur Lieferausfälle gewesen". Nun drohten bei den ukrainischen Kabelbäumen "totale Lieferausfälle". Weiter schreibt Becker, dass dieser "drohende Totalausfall an die Substanz der Branche gehe". Kabelbäume seien keine Standardware, "sondern hersteller- und modellspezifisch, Kundenwünschen entsprechend maßgeschneidert". Zudem seien Kabelbäume nicht nachrüstbar. Gebe es keine, könnten auch keine Autos gebaut werden. Als Folge könne die gesamte Wertschöpfungskette stillstehen.

"Lieferdebakel könnte auch etwas Positives haben"

Becker verweist in seinem Beitrag darauf, dass alternative Beschaffungsquellen Umfragen zufolge kurzfristig keinem deutschen Hersteller offen stünden. Becker in seinem Artikel: "Selbst wenn Kabelbäume außerhalb der Ukraine gefertigt werden könnten, reichten die Kapazitäten nicht aus - kurzfristige Aufstockungen sind absolut ausgeschlossen."

Weiter führt der Ökonom auf ntv aus, dass dem Vernehmen nach die deutsche Autoindustrie als Ganzes 80 Prozent ihrer Kabelbäume aus der Ukraine beziehe. Bei einzelnen Herstellern seien es gar 100 Prozent. Den Grund dafür liefert der Wirtschaftsexperte auch gleich mit: "In den vergangenen Jahren wurde die gesamte Kabelbaumproduktion aus Nordafrika abgezogen und wegen der niedrigen Stundenlöhne von durchschnittlich etwa zwei Euro in die

Ukraine verlagert. Eine kurzfristige regionale Rückverlagerung ist ausgeschlossen." Am Ende seines Artikels kann Becker dem "Lieferdebakel" jedoch noch etwas Positives abgewinnen. Laut dem Ökonomen könne sich die Erkenntnis durchsetzen, "dass Risikobewusstsein und Risikoabwägung sowie das Denken in Vorsichtskategorien bei Management- und Logistik-Entscheidungen wieder einen höheren Stellenwert einnehmen sollten."

"Strom kommt aus der Steckdose und Teile sind im Zuge der Globalisierung immer und überall zu niedrigsten Kosten problemlos erhältlich" – dieses Motto habe ausgedient.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/62416a57b480cc0ec9309342.jpg>

11:33 (10:33) novorosinform.org: **Ukrainische Radikale bereiten einen Staatsstreich in der Ukraine vor**

Der Abgeordnete der Staatsduma Russlands, Professor der Finanzuniversität der Regierung Oleg Matwejschew enthüllte Pläne der ukrainischen Nationalisten.

Im Radiosender „Komsomolskaja Prawda“ machte der russische Politiker darauf aufmerksam, dass in der Ukraine längst eine Verschwörung gegen Präsident Wladimir Selenskij gereift sei. Ukrainische Radikale nutzten die Tatsache, dass Russland eine militärische Spezialoperation auf dem Territorium der Ukraine startete, und beschlossen, einen Staatsstreich zu organisieren, sagte er. Dabei hätten sie laut Matwejschew nicht das Ziel, Selenskij zu eliminieren, denn er genieße noch immer die Unterstützung der westlichen Partner der Ukraine.

Aber die „Spitze“ dieser radikalen Regierung, gebildet aus militanten Territorialverteidigern und kampfbereiten Brigaden, die einzelne Gebiete kontrollieren, habe die Erfahrungen aus Syrien, Libyen und der internationalen Terrorintervention im Kaukasus vor Augen. Als „Feldkommandeure“ der gesamten Ukraine „dürfen sie dem Zentrum nicht gehorchen“, schloss Matwejschew.



https://novorosinform.org/content/images/19/83/41983_720x405.jpg

11:00 de.rt.com: **Bis zu drei Jahre Haft: Zeigen des russischen "Z"-Symbols in Berlin strafbar**

Das Tragen des "Z"-Symbols der russischen Streitkräfte soll in Berlin zukünftig strafrechtlich verfolgt werden. "Wird der Kontext zum Krieg hergestellt mit der Verwendung des weißen Z, wie es auf den russischen Militärfahrzeugen zu sehen ist, dann bedeutet das natürlich die Befürwortung des Angriffskrieges", sagte Innensenatorin Iris Spranger (SPD) am Montag dem Tagesspiegel:

"Das wäre strafbar, da schreiten wir auch sofort ein."

Zuvor hatten bereits Bayern und Niedersachsen strafrechtliche Konsequenzen für das öffentliche Tragen des Symbols angekündigt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/62417451b480cc0ea953d810.jpg>

Mil-Inr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponko über die Lage am 28.03.2022

Bei Gefechten mit Einheiten der Volksmiliz hat der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Militärtechnik erlitten:

- 60 Mann;
- 6 Panzer;
- 3 Schützenpanzerwagen;
- 5 Fahrzeuge.

Trotz der Niederlage an der Front setzt der Gegner den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur der frontnahen Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 40 Geschosse mit 122mm-Rohrartillerie und Mörsern des Kalibers 120mm auf das Gebiet von Logwinowo **abgefeuert**.

Die Volksmiliz hat gemeinsam mit der Freiwilligenorganisation „Nahrung des Lebens – Donbass“ warmes Essen und humanitäre Hilfe an Einwohner von Krymskoje und Trechisbjonka ausgegeben.

11:35 de.rt.com: **Lawrow: Kiew will nur Anschein von Verhandlungen erwecken**

Der Außenminister Russlands Sergei Lawrow hat am Montag erklärt, die ukrainische Seite wolle angeblich nur den Anschein von Verhandlungen erwecken. Kiew werde aber damit nicht durchkommen, weil man reale Ergebnisse brauche, so Lawrow. Er merkte außerdem an, ein Treffen zwischen den Präsidenten Wladimir Putin und Wladimir Selenskij sei erst dann möglich und sinnvoll, wenn zuvor die Entscheidungen bezüglich der Schlüsselfragen wie Donbass-Status, Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine klargestellt werden. Russland fordert von der ukrainischen Seite eine Anerkennung der Wiedervereinigung der Krim mit Russland, der Unabhängigkeit der Volksrepubliken Donezk und Lugansk in den Grenzen ihrer früheren Oblasts sowie die Neutralität, Entmilitarisierung und Entnazifizierung der ganzen Ukraine. Die Ukraine wirft Russland vor, Ultimaten zu stellen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/62417ddab480cc0ef01bf6df.jpg>

11:35 de.rt.com: **Georgien lehnt Kiews Aufruf zur Eröffnung einer "zweiten Front" gegen Russland ab**

Kiews Forderungen an Georgien nach Eröffnung einer zweiten Front gegen Russland stoßen in Tiflis auf Unverständnis. Georgische Abgeordnete machten klar, dass der Aufruf nur den unnötigen Tod weiterer Zivilisten bringen und der Ukraine in keiner Weise helfen würde. Alexei Danilow, der Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine, hat in einem Live-Auftritt im Fernsehsender 1+1 am späten Samstag die Eröffnung einer "zweiten Front" gegen Russland gefordert.

Sollte es zu neuen Konflikten zwischen Russland und Drittstaaten kommen, würde dies der Ukraine bei der Abwehr der laufenden Invasion eine "hochwertige Unterstützung" bieten, so der Beamte. Georgien könnte eine solche Partei werden und versuchen, Russland anzugreifen,

während es in der Ukraine beschäftigt ist, schlug Danilow vor und kritisierte die neutrale Haltung von Tiflis. Die georgische Führung hatte zuvor jedoch von der Verhängung antirussischer Sanktionen abgesehen, da ein solcher Schritt der Wirtschaft des Landes nur schaden würde.

"Georgien verhält sich, gelinde gesagt, nicht sehr angemessen", sagte Danilow und forderte das Land auf, zu versuchen, seine Territorien "zurückzuholen". Er bezog sich dabei offenbar auf die abtrünnigen Republiken Südossetien und Abchasien, die sich in den 1990er-Jahren von Tiflis gelöst hatten und nach einem kurzen Krieg im Jahr 2008 von Russland als unabhängig anerkannt wurden. Vor diesem Hintergrund stellte der Beamte die Frage: "Aber was wäre, wenn sowohl Transnistrien als auch Georgien und alle anderen heute mit der Rückgabe ihrer Gebiete beginnen würden?"

Danilow bezog sich dabei auf die abtrünnige Region Moldaus, in der bereits seit Jahrzehnten eine russische Friedenstruppe stationiert ist und betonte:

"Das würde uns auf jeden Fall helfen."

Danilows kriegerische Forderungen stoßen in Georgien jedoch auf Ablehnung und mehrere Politiker lehnen solche Ideen entschieden ab. Nikoloz Samharadze, Abgeordneter der Regierungspartei Georgischer Traum und Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses des georgischen Parlaments, bezweifelte sogar, dass derartige Äußerungen überhaupt von diesem Beamten stammen könnten. In einem Beitrag in den sozialen Medien schrieb Samkharadze:

"Ich hoffe, dass dies eine Lüge ist. Fordert der Sekretär des Sicherheitsrates der Ukraine Georgien und andere auf, die Politik der friedlichen Wiederherstellung ihrer territorialen Integrität aufzugeben und eine zweite Front zu eröffnen, um unsere Städte und Dörfer zu zerstören, damit auch georgische Frauen und Kinder sterben? Ist das wahr?"

Ähnlich äußerte sich Michail Sardschweladse, ebenfalls ein Abgeordneter der Partei Georgischer Traum. Er sagte, dass das Entfachen weiterer Konflikte "der Ukraine weder helfen noch eine Erleichterung für sie sein wird".

Danilow befürwortete auch die Anfang der Woche vom ehemaligen Kommandeur der polnischen Landstreitkräfte, General Waldemar Skrzypczak, geäußerte Idee, das Kaliningrader Gebiet von Russland einzufordern. Der General behauptete, dass die historische deutsche Region, die nach der Niederlage Nazideutschlands Russland zugesprochen wurde, in Wirklichkeit polnisches Gebiet sei.

Anton Alichanow, der Gouverneur der russischen Region, warnte den polnischen General, sein Land solle keine Gebietsansprüche erheben, da "ein sehr großer Teil des Landes, das heute Polen ist, in Wirklichkeit von Nazideutschland erobert, beansprucht und als Geschenk der Sowjetunion an das polnische Volk übergeben wurde".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/62416e7348fbef69c1169689.jpg>

nachmittags:

13:03 (12:03) novorosinform.org: **Russland wird keine Wohltätigkeitsarbeit leisten und Gas kostenlos liefern – Peskow**

Der Pressesprecher des Präsidenten der Russischen Föderation, Dmitri Peskow, sagte, Russland arbeite derzeit an Möglichkeiten, russisches Gas in Rubel zu bezahlen.

Laut Peskow sei der Prozess der Gasversorgung komplex und dauere länger als der Kauf gewöhnlicher Waren in einem Geschäft, informiert RIA Novosti.

„Vorräte, Zahlungen und die Bilanzierung sind ein langwieriger Prozess. Jetzt werden alle Modalitäten ausgearbeitet“, sagte Peskow.

Er stellte klar, dass die Frage der Überweisung der Zahlung für Gas in Rubel von den Ministerien und Gazprom ausgearbeitet wird, daher gebe es noch keine klaren Zeitrahmen, sie würden später festgelegt.

Darüber hinaus kommentierte Peskow Aussagen westlicher Länder, dass sie Gas nicht in Rubel kaufen würden, und stellte fest, dass Russland Gas nicht kostenlos liefern werde.

"Dass wir Gas nicht umsonst liefern werden, ist eindeutig. Zudem ist es in unserer Situation kaum möglich und kaum ratsam, sich europaweit für wohltätige Zwecke zu engagieren", schloss Peskow.



https://novorosinform.org/content/images/19/90/41990_720x405.jpg

12:15 de.rt.com: **Gazprom liefert weiter Erdgas durch Ukraine gen Westen**

Trotz des Krieges setzt Russland seine Gaslieferungen durch die Ukraine ohne Beeinträchtigungen weiter fort. Laut Gazprom-Sprecher Sergej Kuprijanow sollen auch am Montag wieder 109,5 Millionen Kubikmeter Gas durch das Leitungssystem des Nachbarlandes in Richtung Westen gepumpt werden. Dies würde der vertraglich möglichen maximalen Pipeline-Auslastung pro Tag entsprechen, sagte Kuprijanow laut Nachrichtenagentur Interfax.

Die Ukraine erzielt allein durch den Transit russischen Erdgases für den eigenen Staatshaushalt Gebühren als essenziell wichtige Einnahmen. Nach Angaben des ukrainischen Betreibers dieser Gastransport-Infrastruktur sind allein seit Kriegsbeginn am 24. Februar mehr als drei Milliarden Kubikmeter Erdgas aus Russland nach Westeuropa transportiert worden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/6241880248fbef721846c3a4.jpg>
g

12:30 de.rt.com: **Ukraine: Humanitäre Korridore werden am Montag nicht funktionieren**

Die stellvertretende Ministerpräsidentin der Ukraine Irina Wereschtschuk hat am Montagmorgen verkündet, die humanitären Korridore zur Evakuierung der Zivilbevölkerung aus den belagerten Städten würden heute nicht funktionieren. Die ukrainischen Aufklärungsdienste sollen davor gewarnt haben, das russische Militär könne Provokationen auf den Routen vorbereitet haben, so Wereschtschuk.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/62418dd6b480cc0da355a7d5.jpg>
g

13:42 (12:42) novorosinform.org: **Russland ist am Erfolg der nächsten Verhandlungsrunde mit der Ukraine interessiert – Lawrow**

Die russische Seite sei an produktiven Verhandlungen mit der ukrainischen Delegation in Istanbul interessiert, sagte der russische Außenminister Sergej Lawrow gegenüber serbischen

Journalisten.

Wie [TASS](#) unter Berufung auf einen russischen Diplomaten meldet, wurden die Verhandlungen zwischen den Parteien die ganze Zeit fortgesetzt und würden weiter fortgesetzt. Larow betonte, dass dem persönlichen Treffen der Delegationen Russlands und der Ukraine eine ganze Reihe von Videokonferenzen vorausgegangen seien.

"Wir sind daran interessiert, dass diese Verhandlungen von Ergebnissen gekrönt werden", betonte der Minister.

Er fügte hinzu, dass die Parteien die Möglichkeit hätten, Friedensabkommen abzuschließen. Moskaus Hauptziel sei es, das Leiden der Bewohner des Donbass zu beenden, die seit acht Jahren der ukrainischen Aggression ausgesetzt seien.

Außerdem wolle Russland, dass der ukrainische Staat aufhöre, "vom Westen und der Nato militärisch beherrscht zu werden". Lawrow stellte fest, dass Russland verpflichtet sei, alle Maßnahmen zu ergreifen, damit andere Länder die Militarisierung der Ukraine stoppen und aufhören, Angriffswaffen auf ihrem Territorium zu platzieren, was eine Bedrohung für die Sicherheit der Russischen Föderation darstelle.

„Ich sehe immer noch Chancen für eine Einigung, weil es ein Verständnis für die größten langfristigen Fehler unserer westlichen Partner gibt, obwohl sie es aus offensichtlichen Gründen wahrscheinlich nicht laut sagen werden“, schloss Lawrow.

Zuvor hatten der russische und der türkische Präsident Wladimir Putin und Recep Tayyip Erdogan vereinbart, die nächste Gesprächsrunde zwischen Moskau und Kiew in Istanbul abzuhalten. Das Treffen soll vom 29. bis 30. März stattfinden.



https://novorosinform.org/content/images/19/93/41993_720x405.jpg

14:04 (13:04) ria.ru: **Peskow dementierte Gerüchte über die Verstaatlichung des Eigentums russischer Geschäftsleute**

Der Kreml dementierte Gerüchte, dass die russischen Behörden angeblich die Möglichkeit der Verstaatlichung des Eigentums und der Unternehmen russischer Unternehmer erwägen. Der Pressesprecher des Präsidenten der Russischen Föderation, Dmitri Peskow, sagte gegenüber RIA Novosti, dies sei eine "klassische Ente" und empfahl, auf solche Erfindungen nicht zu reagieren.

Zuvor war vor dem Hintergrund von Äußerungen großer russischer Unternehmer über die Möglichkeit der Verstaatlichung nicht nur ausländischen Eigentums, sondern auch russischer Unternehmen berichtet worden.

"Das ist eine weitere Dummheit, die sich natürlich als Gerücht verbreitet. Das ist eine reine Ente. Deshalb muss man hier einfach nüchtern bleiben und nicht auf solche Fiktionen reagieren", Peskow auf die Frage, ob eine Grundlage für solche Befürchtungen gebe.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e5/09/18/1751616055_0:147:3050:1863_1280x0_80_0_0_fcb460fcb7ea4576343c4facc9089e5.jpg

13:09 de.rt.com: **Russland stuft Deutsche Welle als "ausländischen Agenten" ein**

Das russische Justizministerium hat die Deutsche Welle in ihr Register der ausländischen Agenten aufgenommen. Das Online-Angebot der DW wurde Anfang März blockiert. Bereits im Februar war das Moskauer Büro der DW nach einem Sendeverbot geschlossen worden. Das russische Justizministerium hat den deutschen Auslandssender Deutsche Welle (DW) in das Register sogenannter ausländischer Agenten aufgenommen. Das geht aus einer Mitteilung des Ministeriums vom Montag hervor. Die Liste umfasst mittlerweile 119 Medien und Einzelpersonen. Das entsprechende Gesetz sieht vor, dass Empfänger von Zahlungen aus dem Ausland als "ausländische Agenten" gekennzeichnet werden.

Im Februar hatte Russlands Regierung der maßgeblich aus dem deutschen Bundeshaushalt finanzierten DW ein Sendeverbot erteilt. Das Studio wurde geschlossen, die Journalisten mussten ihre Presseakkreditierungen zurückgeben. Auch das Online-Angebot des Senders ist in Russland seit einigen Wochen nicht mehr abrufbar. Die russische Medienaufsichtsbehörde sperrte die Webseite und begründete den Schritt mit Verbreitung von Falschnachrichten über das Vorgehen Russlands in der Ukraine.

Daraufhin kündigte die DW an, ihr Studio aus Moskau nach Lettland zu verlegen und dort die erforderliche Infrastruktur aufzubauen, um weiterhin für das russische Publikum senden zu können.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/62418f0ab480cc102f343caf.jpg>

13:37 de.rt.com: **"Reine Werbung": Russische Oppositionsmedien interviewen Selenskij**

Vier russische Medien haben am Wochenende per Videokonferenz den ukrainischen Präsidenten Selenskij interviewt. Das Interview stößt wegen des Ausbleibens kritischer Fragen und der kommentarlosen Übertragung der ukrainischen Kriegspropaganda auf massive Kritik.

Vier russische Oppositionsmedien – der Fernsehsender Doschd, das Nachrichtenportal Medusa und die Zeitungen Kommersant und Nowaja Gaseta – haben am Wochenende den ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij interviewt und stoßen damit auf Kritik in der russischen Medienlandschaft und Gesellschaft. Außerdem waren dem online per Videokonferenz in russischer Sprache geführten Interview YouTube-Blogger zugeschaltet. Die russische Medienaufsichtsbehörde Roskomnadsor hat inzwischen vor der Veröffentlichung dieses Interviews gewarnt.

In dem Interview wiederholt Selenskij die Hauptthesen der ukrainischen Staatspropaganda. Kritische Nachfragen der Interviewpartner unterbleiben weitgehend. Der Chefredakteur der Nowaja Gaseta, Nobelpreisträger Dmitri Muratow, hat an dem Interview nicht selbst teilgenommen, jedoch über einen der Beteiligten eine Frage gestellt.

Unter anderem weist der ukrainische Präsident im Interview den Bedarf für die Entnazifizierung seines Landes zurück:

"Darüber diskutieren wir überhaupt nicht, das sind für mich absolut unverständliche Dinge."

Auch die Entmilitarisierung seines Landes lehnt Selenskij nach wie vor ab. Beides – Entnazifizierung und Entmilitarisierung der Ukraine – hat Russland zu den Hauptzielen seiner militärischen Intervention erklärt.

Danach gefragt, worüber die Ukraine überhaupt bereit sei, mit Russland zu verhandeln, antwortete der ukrainische Staatschef:

"Über Garantien für Sicherheit und Neutralität und den atomfreien Status unseres Staates. Wir sind bereit, es zu versuchen. Dies ist der wichtigste Punkt."

Vor Beginn der russischen Militäroperation hatte Selenskij während seines Auftritts vor der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz damit gedroht, dass sein Land Atomwaffen beschaffen werde, wenn die Garantiestaaten des "Budapester Memorandums" nicht umgehend die Forderungen seines Landes erfüllen würden.

Angesprochen auf die Diskriminierung der russischen Sprache in der Ukraine beschuldigte Selenskij den russischen Präsidenten, dafür verantwortlich zu sein. Der Hass auf alles Russische werde noch weiter wachsen, prophezeite er.

Laut Selenskij würden ihm "einige russische Geschäftsleute signalisieren", dass sie bereit seien, in den Wiederaufbau der Ukraine zu investieren.

Informationen über den Betrieb von Biolaboren in der Ukraine belächelte der Staatschef:

"Ja, das ist eine Anekdote. Ich habe hier nichts zu erklären. Nun, das tun wir nicht."

Der im spanischen Exil lebende ukrainische Journalist und Medienexperte Anatoli Scharij kommentierte am Montag das Interview und kritisierte dabei seine russischen Kollegen scharf:

"Das Interview ist eine Schande, aber nicht Selenskij's Schande. Er (Selenskij) ist, wie er ist, und wird sich nicht mehr ändern. Es ist eine Schande für die, die sich Vertreter russischer Massenmedien nennen. Und während mich bei Doschd nichts wundert, habe ich bezüglich der Zeitung Kommersant durchaus Fragen. Anderthalb Stunden lang (Selenskij) sich ausquatschen lassen, zwei Mal dieselbe Frage stellen, es war reine Werbung für Selenskij. (...) Keine Nachfrage bezüglich der Behandlung von Kriegsgefangenen, keine Nachfrage bezüglich der Repressionen gegen die (ukrainische) Opposition und der Verhaftung oppositioneller Meinungsführer. Keine einzige Frage, die für Selenskij unangenehm werden könnte."

Der TV- und Radiojournalist und Talkshow-Moderator Wladimir Solowjow kommentierte das Interview in seinem Telegram-Account wie folgt:

"Erstens, sie interviewten eine NATO-Marionette, die die Rolle des Präsidenten spielt, die vergaß, was sie gestern sagte, und heute das Gegenteil verbreitete. Nehmen Sie zum Beispiel sein Versprechen vor der Wahl, den Krieg zu beenden. Am Vorabend der Operation weigerte er sich wie ein provokanter Ziegenbock, die Minsker Vereinbarungen umzusetzen, und plapperte sogar von der Beschaffung der Atombombe.

Zweitens haben diese 'intelligenten' Journalisten die Themen Folter und Verhöhnung russischer Kriegsgefangener völlig ignoriert, die selbst die Russophoben von Bellingcat entsetzt haben.

Ich frage mich, was Stalin mit 'Journalisten' getan hätte, die Hitler interviewen würden.

Schließlich ist Selenskij genauso ein Abgesandter und Futter für die Angelsachsen wie Adolf. Hätte Putin nicht zuerst losgeschlagen, wäre Selenskij's 200.000 Mann starke Armee durch den Donbass gezogen wie ein Messer durch weiche Butter und wäre jetzt in Wolgograd."

Der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, erklärte, der Kreml habe keine Angst vor der Veröffentlichung des Interviews mit dem ukrainischen Präsidenten, wobei Roskomnadsor das Material "auf die Einhaltung unserer Rechtsvorschriften" prüfen müsse.

Laut einer Meldung der Nachrichtenagentur TASS sagte Peskow:

"Roskomnadsor wird den Inhalt dieses Interviews auf seine Vereinbarkeit mit unserer Gesetzgebung prüfen. Die Warnung der Regulierungsbehörde, die Veröffentlichung zu verweigern, hängt wahrscheinlich einfach mit der Notwendigkeit dieser Prüfung zusammen."

Roskomnadsor hat am Montagmorgen die beteiligten Medien vor der Veröffentlichung des Interviews gewarnt und Sanktionen für den Fall der Veröffentlichung angekündigt. Die einseitige Verbreitung ukrainischer Darstellungen zum Kriegsverlauf verstößt gegen das vor Kurzem erlassene russische Gesetz, das Falschdarstellungen über den Hergang der russischen militärischen Operation unter Strafe stellt.

Mit Stand Montagmittag haben die Zeitungen Kommersant und Nowaja Gaseta von einer Veröffentlichung des Interviews abgesehen. Der Fernsehsender Doschd hatte seine Arbeit Anfang März vorübergehend eingestellt, auch auf dessen Homepage war das Selenskij-Interview am Montagmittag nicht einsehbar. Bislang hat lediglich die in Russland als ausländischer Agent eingestufte Nachrichtenplattform Medusa das Interview in Text- und Videoform veröffentlicht.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/624190c548fbef6cf5760c62.jpg>

14:44 (13:44) rusvesna.su: **Schande über Selenskij: Kadyrow kam in Mariupol an und traf den von der Ukraine „getöteten“ General**

Das heutige [Filmmaterial](#) aus Mariupol wird den ukrainischen Propagandisten zweifellos echtes Leid zufügen. Auf ihnen trifft sich der Chef von Tschetschenien, Ramsan Kadyrow, der in der Küstenstadt angekommen ist, mit General Andrej Mordwitschew, der von der Ukraine "längst getötet" wurde.

Wir erinnern uns, dass die Ukraine stolz auf die Liste der „getöteten“ russischen Generäle ist,

die tatsächlich am Leben sind. Und jeden Tag erzählt das Büro des Präsidenten der Ukraine, Wladimir Selenskij, begeistert Unsinn über die Vernichtung großer Kräfte der russischen Armee in Tschernobajewka.

Über die „Liquidierung“ des Kommandeurs der 8. Armee des südlichen Militärbezirks der Streitkräfte der Russischen Föderation, General Mordwitschew, in Tschernobajewka, berichtete der Berater des Büroleiters von Selenskij, Aleksej Arestowitsch, am 18. März . "Russkaja Vesna" hatte sofort berichtet, dass diese Aussagen nichts mit der Realität zu tun haben, General Mordwitschew lebt, ist wohlauf und befindet sich in Mariupol.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/HG5KBKh5Ny7jv9bmyF8tJGHCISH-nmLuDbhULp_hfkizTt2UTBZGkZSyakTqTb8YHNOt75RMmhb_nP2aXrJgcDVx07JSn3hmGs2_-HqjR5Kkm0T7xai_tr3Vfd4X-JhYCyYqcj8rW4qkNdIEtFEOQgSLvmoZWJqRWWpKzjULYHAS5hCOG1Q31nLh06USNp3K-Cpa2Ksqg5zdHNzNb9gZCSgqWCera_V5-u3J_lqLUfYtLsfHMrwxVSEwJE6cr9TOQE6mN0Avfq2OvIAJrNIZYK1_z292Ms5WrsEzD1H6UIUVwM2yC0VZVhoFoLoY5zBQGI-W0nynQI_Zuy-kxd2nQ

14:05 de.rt.com: **Kremlsprecher Peskow: Äußerungen Bidens "sind sicherlich besorgniserregend"**

Der Kremlsprecher Dimitri Peskow hat sich am Montag besorgt über die Forderung des amerikanischen Präsidenten Joe Biden gezeigt, wonach der russische Präsident Wladimir Putin nicht länger im Amt bleiben dürfe. Als Peskow am Montag von Journalisten zu einer entsprechenden Äußerung Bidens befragt wurde, entgegnete er wörtlich:

"Diese Äußerungen sind sicherlich besorgniserregend. Wir werden die Äußerungen des US-Präsidenten weiterhin genau beobachten. Wir nehmen sie sorgfältig zur Kenntnis und werden dies auch weiterhin tun."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/62419db748fbef721846c3bf.jpg>

14:05 de.rt.com: **BKA meldet 200 Straftaten mit Ukraine-Bezug wöchentlich – mehrheitlich antirussisch motiviert**

Der russische Militäreinsatz in der Ukraine sorgt nach Angaben des Bundeskriminalamts (BKA) in Deutschland für eine Zunahme an Straftaten vor allem gegen Menschen mit russischen Wurzeln.

"Es gibt Straftaten sowohl gegen russischstämmige als auch gegen ukrainischstämmige Mitglieder unserer Gesellschaft. Wir zählen momentan gut 200 solcher Straftaten in der Woche – davon ist die Mehrzahl antirussisch motiviert", sagte der BKA-Chef, Holger Münch, den Zeitungen des RedaktionsNetzwerks Deutschland (RND).

Diese Straftaten reichten von Beleidigungen und Bedrohungen bis hin zu körperlichen Übergriffen. Münch zufolge gibt es auch Sachbeschädigungen wie "Farbschmierereien mit entsprechendem Inhalt".

Anfang März 2022 hatte die Russische Botschaft in Berlin bereits eine Kontaktstelle für Fälle der Diskriminierung und Verfolgung der russischsprachigen Bevölkerung in Deutschland eingerichtet. Über einige ausgewählte Fälle solcher Anfeindungen oder Übergriffe berichtet die Botschaft regelmäßig auf ihrer Facebook-Seite. Gemeldet wurden bereits Hunderte von Fällen.

"Wir halten jegliche Manifestationen von Diskriminierung und Verletzungen der Rechte unserer Bürger und der russischsprachigen Bevölkerung in Deutschland für inakzeptabel", erklärt die russische Botschaft.

15:12 (14:12) ria.ru: **Lawrow: Der Westen hat in den Beziehungen zu Russland das Staatsbanditentum erreicht**

Die westlichen Länder in den Beziehungen zu Russland haben den Punkt des direkten staatlichen Banditentums erreicht, sagte der russische Außenminister Sergej Lawrow bei einem Treffen der Kommission von „Einiges Russland“ für internationale Zusammenarbeit und Unterstützung für Landsleute im Ausland.

„Die westlichen Länder sind in den Beziehungen zu Russland bis zum direkten staatlichen Banditentum, der Beschlagnahme von Privateigentum und dem Verzicht auf Verpflichtungen im Finanz- und Wirtschaftsbereich gegangen“, sagte der Minister.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/03/19/1780047807_0:0:2977:1676_1280x0_80_0_0_4_daa4deee2068535b625198ead3ec27e.jpg

14:20 de.rt.com: **Lawrow vergleicht Russlandhass in westlichen Staaten mit Holocaust**

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat sich zum Russlandhass angesichts des Ukraine-Krieges geäußert und diesen ausdrücklich mit dem Holocaust verglichen. Der russische Top-Diplomat sprach von einer "ohne Übertreibung steinzeitlichen Russophobie",

die "fast in allen westlichen Staaten" erwacht sei und von den Staatschefs gefördert werde. Lawrow weiter:

"Ich weiß, dass es in den EU-Ländern vernünftige Politiker gibt, die sehen, wie schädlich es ist, diese Art von Russophobie zu schüren, und die daran erinnern, dass vor 80 Jahren (...) eine ähnliche Haltung gegenüber einer bestimmten Nationalität in Europa herrschte. Und sie erinnern daran, wie das endete."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/6241a568b480cc102f343ccb.jpg>

14:41 de.rt.com: **Indien will im Handel mit Russland auf nationale Währungen umstellen**
Moskau und Neu-Delhi arbeiten intensiv daran, den bilateralen Handel auf nationale Währungen umzustellen. Laut einem hochrangigen indischen Beamten könnte der Umstieg bereits bald erfolgen. Hierbei würden auf indischer Seite mehrere verstaatlichte Banken eingesetzt.

Ein System, das direkte Rupien-Rubel-Zahlungen im Handel zwischen Russland und Indien ermöglicht, könnte diese Woche eingeführt werden. Das verkündete A. Sakthivel, der Präsident der Federation of Indian Export Organizations (FIEO), gegenüber CNBC. Die Vereinbarung würde es Indien und Russland ermöglichen, Finanztransaktionen unter Umgehung des US-Dollars abzuwickeln. Russland kann aufgrund der westlichen Sanktionen im Zusammenhang mit dem Konflikt in der Ukraine den US-Dollar nicht mehr verwenden. Dem Beamten zufolge arbeitet die indische Regierung an einem Vorschlag, der es bis zu fünf verstaatlichten indischen Banken ermöglichen soll, sich an dem Rupien-Rubel-Handelsmechanismus zu beteiligen. Die Vereinbarung würde es indischen Exporteuren ermöglichen, trotz der Sanktionen, die unter anderem internationale Zahlungsmechanismen wie SWIFT in Russland verbieten, weiterhin Geschäfte mit Russland zu tätigen. Außerdem könnte Indien weiterhin russische Energieexporte und andere Waren kaufen.

Nach Ansicht von Sakthivel könnte die indische Wirtschaft von den Sanktionen gegen Russland profitieren, da sie den Exporteuren im Land die Möglichkeit geben, auf dem russischen Markt zu expandieren. Er erklärte:

"Der Export nach Russland ist nicht sehr groß und findet nur im Bereich der landwirtschaftlichen und pharmazeutischen Produkte statt. Jetzt, da der gesamte Westen Russland blockiert, werden sich für indische Unternehmen viele Möglichkeiten ergeben, in Russland Fuß zu fassen."

Das indische Finanzministerium und die indische Zentralbank haben sich noch nicht zu der neuen Handelsvereinbarung geäußert.

Im Gegensatz zu den USA und der EU hat Indien Russland wegen seines Militäreinsatzes in der Ukraine nicht kritisiert und sich bei den jüngsten UN-Abstimmungen einer

Verurteilung Moskaus enthalten. Auf die Frage, ob Indiens fortgesetzter Handel mit Russland den Zorn des Westens auf sich ziehen würde, sagte Sakthivel, sein Land habe eine "neutrale Haltung" zur Situation in der Ukraine eingenommen. Er betonte:

"Die Regierung wird alle Faktoren in Betracht ziehen. Die Regierung geht dabei sehr vorsichtig vor."

Indien exportierte im vergangenen Jahr Waren im Wert von 3,3 Milliarden US-Dollar nach Russland, hauptsächlich pharmazeutische Produkte, Tee und Kaffee. Gleichzeitig kaufte es russische Produkte im Wert von 6,9 Milliarden US-Dollar, darunter Waffen und Verteidigungsgüter, Bodenschätze, Düngemittel, Metalle und Edelsteine sowie russisches Erdöl.

Jüngsten Medienberichten zufolge hat der größte Raffineriebetreiber des Landes, die Indian Oil Corp, in den vergangenen Monaten verstärkt russisches Rohöl gekauft. Berichten zufolge erwägt Neu-Delhi angesichts der in die Höhe geschossenen Rohstoffpreise auch den Kauf von Rohstoffen aus Russland und Weißrussland für die Düngemittelproduktion.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/62418032b480cc0da355a7c3.jpg>

14:49 de.rt.com: **Habeck: G7-Staaten lehnen Gaszahlungen in Rubel ab**

Die Energie- und Wirtschaftsminister der G7-Länder haben die Forderung Russlands nach Bezahlung russischer Gaslieferungen in Rubel abgelehnt. Das erklärte der deutsche Wirtschaftsminister Robert Habeck nach Beratungen mit seinen Amtskollegen am Montag. Die Staaten der G7-Gruppe haben russische Forderungen nach einer Begleichung von Gasrechnungen in russischen Rubel abgelehnt. Das erklärte Bundeswirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) am Montag in Berlin nach einer virtuellen Besprechung mit den G7-Energieministern.

Deutschland hat derzeit den Vorsitz im Kreis der Gruppe der westlichen Industriestaaten inne, zu der neben Deutschland auch Frankreich, Italien, Japan, Kanada, die USA und Großbritannien gehören. Auch die EU habe an der Runde teilgenommen, so der Grüne. Die G7-Minister seien sich einig gewesen, dass die Forderungen nach einer Zahlung in Rubel "ein einseitiger und klarer Bruch der bestehenden Verträge" sei, sagte Habeck. Geschlossene Verträge gälten, betroffene Unternehmen müssten vertragstreu sein. Die Minister hätten die Unternehmen aufgefordert, keiner Änderung der Verträge und der Zahlungsbedingungen zuzustimmen, sagte Habeck in einem kurzen Pressestatement.

Russlands Präsident Wladimir Putin hatte vergangene Woche angekündigt, Gaslieferungen an "unfreundliche Staaten" nur noch in Rubel abzurechnen. Dies würde die zwischenzeitlich unter Druck geratene russische Währung stützen, weil sich die Importländer Rubel beschaffen müssten. Zu den betroffenen Ländern gehört auch Deutschland. Bislang waren die Gaslieferungen etwa von Deutschland in Euro gezahlt worden.

"Der Versuch von Putin, uns zu spalten, ist offenkundig", sagte Habeck. Es gebe aber große Geschlossenheit:

"Wir lassen uns nicht spalten, und die Antwort der G7-Staaten ist eindeutig: Die Verträge werden eingehalten."

Russische Gaslieferungen mit einem Embargo zu unterbinden, sei bei der Besprechung, an der auch Vertreter der Europäischen Union beteiligt waren, nicht besprochen worden. Dass Russland die Forderung nach Zahlung in Rubel erhebt, zeigt nach Habecks Auffassung, dass "Putin mit dem Rücken zur Wand" stehe, "sonst hätte er diese Forderung nicht erhoben". Zu den volkswirtschaftlichen Hintergründen der russischen Forderung sagte der deutsche Wirtschaftsminister:

"Ich glaube, man muss das so interpretieren, Putins Forderung, dass die Verträge auf Rubel umgestellt werden, dass er an der Stelle mit dem Rücken zur Wand steht. Sonst hätte er diese Forderung ja nicht erhoben. Ich habe schon an anderer Stelle gesagt: Den Krieg direkt, also die Finanzierung der Armee, die Versorgung der Soldaten, die Lieferung von Benzin für die Panzer und den militärischen Apparat, das Bauen von Kriegswaffen, das kann Putin ja sehr weitgehend im eigenen Land machen. Dazu braucht er Rubel. Die Rubel kann er drucken, und solange die russischen Arbeiterinnen und Arbeiter die Rubel als Zahlungsmittel akzeptieren, kann er den Krieg aus der eigenen Kraft heraus finanzieren. Was er nicht kann, und deswegen ja, denke ich, die Forderung, jetzt in Zukunft das Geld in Rubel zu bekommen, ist, Devisen mit anderen Ländern zu tauschen. Jedenfalls ist es extrem erschwert, weil wir die Zentralbank sanktioniert haben. Ändert aber nichts daran, dass wir uns unabhängig machen müssen von Öl und Kohle und Gas. Erstens, um die Staatsfinanzen und damit das Regime nicht zu stärken oder am Leben zu erhalten. Und zweitens, das sieht man ja nun, Russland ein unzuverlässiger Lieferant ist, und einer, der nicht nur direkt unzuverlässig werden könnte, sondern wegen seinem Agieren auf der Weltpolitik tatsächlich maßgeblich zu einer globalen Störung von Frieden und Ordnung beigetragen hat."

Auf die Frage eines Journalisten, was passiert, wenn Russland die Gaslieferungen einstellt, antwortete Habeck:

"Wir sind auf alle Szenarien vorbereitet, und zwar nicht erst seit gestern, sondern seit Jahresanfang arbeitet diese Regierung daran, auf alle Szenarien die notwendigen Antworten bereit zu haben."

Konkret wurde der Bundeswirtschaftsminister jedoch nicht.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6241b1eeb480cc0974507a0f.jpg>

15:25 de.rt.com: **TV-Programm der Deutschen Welle in Afghanistan nicht mehr erlaubt**
Afghanische Medien dürfen laut einem Beschluss der regierenden Taliban Programminhalte der Deutschen Welle nicht mehr für ihr TV-Programm nutzen. Betroffen sind auch die

britische BBC und der US-Auslandssender Voice of America.

DW (bis Februar 2012 auch Deutsche Welle TV) ist der öffentlich-rechtliche deutsche Auslandsfernsehsender der Deutschen Welle. Neben dem Hauptsitz der Deutschen Welle in Bonn wird das mehrheitlich nachrichten- und informationsorientierte Radio- und TV-Programm in Berlin produziert. DW-Intendant Peter Limbourg teilte der Nachrichtenagentur dpa am Montag mit, die regierenden Taliban hätten in einer offiziellen Mitteilung erklärt, dass der Sender über afghanische TV- bzw. Satellitenprogramme nicht mehr ausgestrahlt werden kann. Limbourg sagte in einer ersten Reaktion:

"Die zunehmende Einschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit in Afghanistan ist sehr beunruhigend. Dass die Taliban jetzt die Verbreitung der Programme der DW durch unsere Medienpartner unter Strafe stellen, behindert eine positive Entwicklung in Afghanistan. Dafür sind freie Medien unerlässlich, und wir werden alles unternehmen, um die Menschen in Afghanistan über das Internet und soziale Medien auch weiterhin mit unabhängigen Informationen zu versorgen."

Der afghanische Dienst der DW erklärte, dass "einige DW-Programme nicht mehr von afghanischen Partnern ausgestrahlt werden". Die BBC teilte bereits am Sonntag mit, dass Teilbereiche der Nachrichtensendungen nicht mehr ausgestrahlt werden könnten. Auf der englischsprachigen Seite der DW heißt es zu den jüngsten Ereignissen:

"Die Taliban treffen DW und BBC mit Sendeverboten in Afghanistan. Die Taliban gehen hart gegen ausländische Medien in Afghanistan vor. DW-Programme, die von Partnern in Paschtu und Dari ausgestrahlt werden, werden verboten. Die BBC teilte mit, dass die Sendungen in Paschtu, Persisch und Usbekisch entfernt wurden."

Das Vorgehen der Taliban gegen den Rundfunk zielt auf die politische Talkshow "Aashti" der DW in den Sprachen Dari und in Paschtu beim lokalen Partner ToloNews. Auch seien die Wissenschaftssendungen auf Ariana TV und Shamshad betroffen. Tarik Kafala, Leiter des Bereichs Sprachen beim BBC World Service, teilte laut dem DW-Artikel mit, dass mehr als 6 Millionen Afghanen den "unabhängigen und unparteiischen Journalismus" der BBC konsumierten und dass es wichtig sei, dass ihnen der Zugang nicht verwehrt werde. Ob die Entscheidung seitens der Taliban auch mit regierungskritischen Beiträgen beider Sender zusammenhängt, wurde nicht thematisiert.

Die Taliban begründeten den Schritt laut dpa-Anfrage wie folgt: Weil ausländische Medien aus dem Ausland senden, habe man keinen Zugriff darauf, ihre Inhalte zu kontrollieren – etwa die Kleidung der Reporter. Außerdem hätten sie gelegentlich Inhalte ausgestrahlt, die zum Beispiel den eigenen religiösen Werten und der afghanischen Kultur widersprächen. Daher habe man beschlossen, die Programme dieser ausländischen Fernsehsender durch afghanische TV-Medien zu verbieten.

Der deutsche Ableger der DW titelte im November 2021: "Frauen im TV unter Taliban unerwünscht. Afghanistans Fernsehen soll weniger weiblich werden: Mit einem Erlass gegen Frauenrollen in TV-Sendungen zeigen die Taliban erneut, wie frauenfeindlich ihre radikalislamische Ideologie ist." Im März berichtete die DW darüber, dass Außenminister und Außenministerinnen aus 16 Staaten "nachdrücklich den Zugang zu Bildung für Mädchen in Afghanistan" seitens der Taliban-Regierung einfordern. Diese verbietet Schülerinnen ab der siebten Klasse am Unterricht teilzunehmen. Die BBC-Korrespondentin Yalda Hakim twitterte jüngst zu den aktuellen Geschehnissen in Afghanistan:

"Unglaublicher Mut – afghanische Mädchen, die für ihr Recht auf Bildung protestieren. Sie zeigen weiterhin so viel Mut und Unverwundlichkeit. Wir hören euch."

Die Taliban blockieren laut der DW auch die Sendungen des internationalen US-Senders Voice of America (VOA) in Afghanistan. Taliban-Sprecher Abdul Haq Hammad bestätigte gegenüber der dpa, dass die VOA-Fernsehsendungen ebenfalls auf afghanischen Kanälen eingestellt worden sind. Die UN-Mission in Afghanistan verurteilte die Maßnahme der Taliban gegen internationale Medien als "eine weitere unerfreuliche Entwicklung". Es handele

sich um einen erneuten "repressiven Schritt gegen das afghanische Volk". Laut der dpa kann die DW derzeit ihre Inhalte über die eigenen Kanäle, über Kurzwelle im Radio, die eigene Webseite und über soziale Medien in Afghanistan weiterhin verbreiten.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/62419a1cb480cc09745079eb.jpg>

16:32 (15:32) ria.ru: **Lawrow nannte die Situation in der Welt einen Wendepunkt in der Geschichte**

Die aktuelle Lage in der Welt sei ein Wendepunkt in der Geschichte, sagte Außenminister Sergej Lawrow.

„Wir alle verstehen, welche Zeit unser Land, Europa und die ganze Welt jetzt durchmachen. Dies ist ein Wendepunkt in der historischen Entwicklung der Zivilisation. Und trotz aller Schwierigkeiten wird die russische Diplomatie weiterhin konsequent und entschlossen die nationalen Interessen Russlands verteidigen in der internationalen Arena alles Notwendige tun, um das Leben, die Ehre und die Sicherheit der russischen Bürger und unserer Landsleute im Ausland zu schützen“, sagte Lawrow auf einer Sitzung der Kommission des Generalrats der Partei Einiges Russland für internationale Zusammenarbeit und Unterstützung für Landsleute im Ausland .

„Und ich denke, dass viele Freunde und Gleichgesinnte Russlands von uns erwarten, dass wir mehr Unabhängigkeit und unsere Wahrheit und unseren rechtmäßigen Platz auf der Weltbühne wahren, und dies ist die Mehrheit der Mitglieder der internationalen Gemeinschaft. Und, natürlich, wie ich schon sagte, die Unterstützung unserer Aktionen auf der Weltbühne, die wichtigsten politischen Kräfte Russlands, demonstrieren deutlich die Einheit der russischen Gesellschaft in diesem ohne Übertreibung Wendepunkt in der Weltgeschichte“, ergänzte der Außenminister.

Die Kommission für internationale Zusammenarbeit und Unterstützung der Landsleute im Ausland setzt den außenpolitischen Teil des Parteiprogramms um; zu ihren Aufgaben gehören die interparlamentarische Zusammenarbeit, die Migrationspolitik, die Wahrung der Rechte der russischen Bürger in anderen Ländern und die Bewahrung ihrer kulturellen Identität.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/03/19/1780047807_0:0:2977:1676_1280x0_80_0_0_4_daa4deee2068535b625198ead3ec27e.jpg

15:35 de.rt.com: **Bedrohung durch China, Nordkorea und Russland: Japan bewilligt 8,6 Milliarden US-Dollar Budget zur Aufnahme weiterer US-Streitkräfte im Land**

Das japanische Oberhaus hat am Freitag Ausgaben in Höhe von über 8 Milliarden US-Dollar für die Aufnahme von weiteren US-Soldaten in Japan genehmigt. Angesichts der zunehmenden "Bedrohung" durch China, Nordkorea und Russland unterstreiche der Schritt die wachsende Bedeutung der militärischen Integration, der koordinierten Reaktion und der Abschreckung, hieß es aus Tokio.

Die zusätzlichen Mittel sollen demnach – neben der Deckung von Gehältern für japanisches Personal auf US-Stützpunkten und der Finanzierung der in US-Liegenschaften anfallenden Kosten für die Energieversorgung – auch zur Kostendeckung für die Verlegung von militärischen Gerätschaften und Truppen im Rahmen amerikanischer Militärmanöver zukünftig mit durch Japan dienen.

Nach Angaben des japanischen Verteidigungsministeriums beherbergt Japan derzeit rund 56.000 aktive US-Soldaten. In Deutschland sind etwa 35.000 US-Soldaten stationiert.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/6241b4f3b480cc0974507a15.jpg>

15:54 de.rt.com: **Neuseeland hilft der EU bei Spionage im Ukraine-Krieg**

Neuseeland wird der EU bei der nachrichtendienstlichen Erfassung von Daten über Russlands Militäreinsatz in der Ukraine helfen. Der Inselstaat entsendet zu diesem Zweck neun Beamte

zur Unterstützung der Analysetätigkeiten in Großbritannien und Belgien.

Neuseeland wird seine Verbündeten in der EU bei der Sammlung von Informationen über die russische Militäroperation in der Ukraine unterstützen. Dies kündigte die Premierministerin des Inselstaates Jacinda Ardern am Montag an.

Die neuseeländischen Verteidigungskräfte würden in den kommenden drei Monaten ihre Fähigkeiten einsetzen, um das Vereinigte Königreich und weitere europäische Partner zu unterstützen, "indem sie den Zeitonenunterschied nutzen, um bei wichtigen Aufgaben während ihrer Nachtzeit und unserer Tageszeit zu helfen", erklärte Ardern nach einer Kabinettsitzung den Medien.

Man habe beschlossen, sofort neun Beamte in das Vereinigte Königreich und nach Belgien zu entsenden, "um den erhöhten Bedarf an nachrichtendienstlichen Beurteilungen zu decken", der sich aus dem anhaltenden Konflikt in der Ukraine ergebe, hieß es.

Fünf von neun Experten sollen Satellitenbilder überwachen, während die übrigen die Aufgabe haben würden, Wellingtons Vorstellung von den Aktivitäten seiner Verbündeten und der NATO im Zusammenhang mit der Krise zu verbessern, fügte die Premierministerin hinzu.

Neuseeland hatte zuvor fünf Millionen US-Dollar zum NATO-Treuhandfonds beigesteuert, der Kiew mit Treibstoff, militärischer Verpflegung, Kommunikationsmitteln und Erste-Hilfe-Kits versorgt, sowie weitere sechs Millionen US-Dollar zur Unterstützung der vom Konflikt betroffenen ukrainischen Zivilbevölkerung. Zudem schloss sich Wellington den westlichen, gegen internationales Recht verstoßenden Sanktionen gegen Moskau an, die sich gegen mehr als 460 russische Personen und Einrichtungen richten.

Die "weltweiten Sanktionen" würden es Moskau erschweren, seinen Krieg zu finanzieren, erklärte Ardern. "Neuseeland trägt seinen Teil dazu bei."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6241b620b480cc0ea953d890.jpg>

16:30 de.rt.com: **Ukrainische Partei "Oppositionsplattform – Für das Leben" stellt Tätigkeit ein**

Die Führung der ukrainischen Partei "Oppositionsplattform – Für das Leben" hat verkündet, sie stelle ihre Tätigkeit vorübergehend ein. Kürzlich hatte der Präsident der Ukraine Wladimir Selenskij mitgeteilt, der Nationale Sicherheitsrat habe entschieden, die Tätigkeit einiger Parteien einschließlich der Oppositionsplattform für die Kriegszeit einzustellen.

Der "Oppositionsplattform – Für das Leben" wurde in der Ukraine auch vor Beginn des Krieges bereits eine prorussische Orientierung vorgeworfen. Die Partei plädierte für die Föderalisierung des Landes und die Gewährung eines Autonomiestatus für die Donbass-Republiken. Im Frühjahr 2021 wurde ein Strafverfahren gegen den Parteichef Wiktor Medwedtschuk wegen des angeblichen Verdachts von Landesverrat eingeleitet. Der Politiker wurde für die Zeit der Ermittlungen unter Hausarrest gestellt. Angeblich hat er persönliche Beziehungen zum russischen Präsidenten Wladimir Putin.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/6241c504b480cc21d3262631.jpg>

16:40 de.rt.com: **Das Kanalsystem zur Krim wieder vollständig mit Wasser befüllt**

Der Kanal im Norden der Krim sei zum ersten Mal seit acht Jahren wieder vollständig mit Wasser gefüllt worden, erklärte der stellvertretende Vorsitzende des staatlichen Komitees für Wasserressourcen der Krim Albert Kangijew gegenüber der Nachrichtenagentur RIA Nowosti. "Der Kanal ist vollständig mit Wasser gefüllt", sagte Kangijew. Demnach werde der Hauptteil des Kanals mit Wasser aus dem Dnjepr befüllt, während der Teil des Kanals im östlichen Teil der Krim mit Wasser aus unterirdischen Quellen gespeist wird.

Früher deckte das Wasser aus dem Dnjepr über den Nord-Krim-Kanal (Sewero-Krymskij-Kanal, der vom Dnjepr abzweigt) bis zu 85 Prozent des Süßwasserbedarfs der Krim. Nach der Wiedervereinigung der Krim mit Russland stellte die Ukraine einseitig die Wasserversorgung der Republik Krim durch den Kanal jedoch vollständig ein. Der Kanal wurde wieder freigegeben, nachdem russische Truppen bis Anfang März die Region Cherson besetzt hatten. Die Länge des künstlichen Hauptkanalbettes beträgt 400 Kilometer.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/6241abee48fbef6cf5760c84.jpg>

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 28. März 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

Kommunikationstechniker bringen die Ausrüstung für die **Inbetriebnahme von Mobilfunkbasistationen** in Ursuf und Jalta in Ordnung.

In Mangusch sind die Notfalldienste 101, 102, 103, 104 nun zugänglich.

Die **Post des Donbass** hat die Eröffnung von Filialen in Wolodarskoje und Wolnowacha vorbereitet. In Mangusch wurde die Postinfrastruktur untersucht, dort werden zusätzlich dorthin abgeordnete Beschäftigte die Arbeit beginnen.

Spezialisten des Gesundheitsministeriums der DVR haben in Golubizkoje, Malinowka und Satschnoje Patienten empfangen, alle erhielten qualifizierte medizinische Hilfe.

Spezialisten des Verkehrsministeriums der DVR streuten Schotter auf die provisorische Umgehungsstraße um die zerstörte Brücke der Autostraße im Gebiet von Nowotroizkoje.

In Sartana wurde zusammen mit Spezialisten des Zivilschutzministeriums die zerstörte Brücke über den Kalmius untersucht.

Spezialisten des Zivilschutzministeriums der DVR haben in Mariupol und Mangusch entlang der Stromleitung Telmanowo-Nowoasowsk und der Stromleitung Staroignatjewka-Granitnoje 5,38 Hekta Gelände und 500 Quadratmeter Gebäude untersucht. 636 explosive Objekte wurden entschärft. In Mariupol wurde humanitäre Hilfe ausgegeben.

Die **Verwaltungen der Bezirke** nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an. Die Arbeiten zum Wiederaufbau der Lebenserhaltungssysteme gehen weiter.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Wir bitten die Einwohner der DVR ihre Aufmerksamkeit besonders auf das Erscheinen folgender Personen in Ortschaften zu richten:

- Personen, die sich leerstehenden Gebäuden einrichten;
- die sich vor Ort schlecht orientieren;
- die sich Gespräche mit den örtlichen Einwohnern entziehen;
- die eine für die Ortschaft ungewöhnliche Sprache haben;
- sich in kleinen Gruppen in der Nachtzeit bewegen;
- die in offensichtlich nicht zusammenpassende Kleidungsstücke oder von der Größe offensichtlich nicht passende Kleidung gekleidet sind;
- die sich an örtliche Einwohner mit ungewöhnlichen Bitten wenden (die Bezeichnung der Ortschaft zu nennen, ein Telefon für einen Anruf zu leihen, für Waren und Dienstleistungen in ukrainischen Griwna oder anderen ausländischen Währungen zu zahlen u.s.w.).

Bei derartigen Informationen bitten wir darum, sich an die folgenden Nummern des Staatssicherheitsministeriums zu wenden.

18:25 (17:25) novorosinform.org: **Kadyrow: Bis zur vollständigen Befreiung Mariupols wird es nicht mehr lange dauern**

Das Oberhaupt der Tschetschenischen Republik kam persönlich an die Front in der DVR, um die Teilnehmer an der Operation gegen die Nazis zu unterstützen.

Die Streitkräfte der Russischen Föderation, darunter Einheiten aus der Republik Tschetschenien, befreien Mariupol Haus für Haus von ukrainischen Nazis. Der Staatschef Tschetscheniens, Ramsan Kadyrow, der an die Front kam, um das Militär zu unterstützen, schrieb darüber in seinem Telegram-Kanal.

„Die Kämpfer handeln entschlossen, hart und prompt. Jedes Hochhaus wird bis zum Dach durchkämmt. Bis zur vollständigen Befreiung Mariupols aus dem Untergrund Banderas bleibt nur noch sehr wenig Zeit“, schrieb er.

Kadyrow wies auch darauf hin, dass ukrainische Militante immer noch gezielt einen

Frontalzusammenstoß mit der russischen Armee vermieden, da sie es gewohnt seien, ihre Stärke gegenüber einfachen Menschen zu demonstrieren und unschuldige Bürger zu foltern und zu töten.

„Für die Bandera-Ratten ist ein würdiger Kampf etwas Außergewöhnliches. Vom ersten Tag der speziellen Militäroperation an haben wir solche strategischen Tricks miterlebt“, fügte Kadyrow hinzu.



https://novorosinform.org/content/images/20/06/42006_720x405.jpg

17:30 de.rt.com: **Lawrow weist Spekulationen über Verschwinden Schoigus zurück**

Der russische Außenminister Sergei Lawrow hat Spekulationen über ein angebliches Verschwinden von Verteidigungsminister Sergei Schoigu und einen womöglich geplanten Umsturz in Moskau kritisiert und zurückgewiesen. In einem von dem Ministerium veröffentlichten Interview mit serbischen Journalisten sagte Lawrow:

"Ich möchte diesen Blödsinn nicht kommentieren, weil es eben Blödsinn ist, der auch von den Geheimdiensten der Ukraine verbreitet wird."

Lawrow warf "neoliberalen Russen", die sich ins Ausland abgesetzt hätten, vor, solche Gerüchte zu verbreiten.

Um das angebliche Verschwinden von Minister Schoigu, der tagelang nicht in der Öffentlichkeit zu sehen gewesen war, hatte es Spekulationen gegeben. "Das ist alles eine offenkundige Lüge, alle sind am Leben, alle sind gesund, alle arbeiten", sagte Lawrow in dem Interview. Das Verteidigungsministerium hatte Schoigu am Samstag auch bei einer Sitzung gezeigt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/6241d613b480cc5498245605.jpg>

abends:

18:10 de.rt.com: **Linker ukrainischer Politiker in Lebensgefahr**

Wassili Alexandrowitsch Wolga, Vorsitzender der Union der Linken Kräfte (Ukraine) und ein bekannter sozialer Aktivist und Publizist, wurde von ukrainischen Sicherheitskräften Mitte März verhaftet.

Nun [berichten](#) Familienmitglieder, dass er bei der Verhaftung verwundet und seine Verletzungen erst vor zwei Tagen von einem Arzt untersucht worden seien. Wolga befand sich mehr als zwei Wochen lang in einem schweren Zustand.

Während der Festnahme wurden elektronische Kommunikationsmittel, Materialien mit Korrespondenz und Arbeitsunterlagen beschlagnahmt, der Zugang zu sozialen Netzwerken wurde gesperrt.

Der Oppositionelle wird nach Angaben der Familienangehörigen gefoltert und ist unter entsetzlichen Bedingungen inhaftiert. Sein Leben sei in äußerster Gefahr.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/UGy5jBCw1KW8y2qRTTTAPttb-4EtSuPuaL7VmXYCwTVCNJ5dUt92dEHbTO81UrnIF9bnh5-nFXo_6LKfbdyyz3rhwTBl-hRjyixUFT4GBQIvjKPQwf32UHK0DjC6Ckv48_p1GebTye1QTBrrL0exnfbv-9oH6iNRuCskPrpa4bGTifXwPWQMQUk810Jp7dgNaYfeO79KqSChIN7Vvmhf7E3oVD5Zxpg64WHufY5QP1ilZHKnTpvX4f3PD4gbzWloNQz1uNrPuZ3jOsuIKy4eSh3TYO2rJ6BG3kKb6wmw8wK_XJ3RFIPxx6Eubf51Mwp4xzSJfMW_uCo35INeARzVw.jpg

18:25 de.rt.com: **Trinkwasserversorgung in Donezk eingeschränkt**

Die Trinkwasserversorgung in Donezk wird künftig reduziert. Dies teilte das Hauptquartier der DVR-Gebietsverteidigung mit. In dessen Erklärung, die auf der Telegram-Webseite veröffentlicht wurde, heißt es:

"Die Trinkwasserversorgung in Donezk wurde eingeschränkt. Die Wasserversorgung erfolgt von 19.00 bis 21.00 Uhr alle 48 Stunden."

Laut dem Donezker Bürgermeister Andrei Kulemsin werde diese Art der Wasserversorgung so lange andauern, bis die Behörden eine besondere Anordnung erlassen, um sie aufzuheben.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6241df94b480cc549824560c.jpg>

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 Uhr am 28.3.22**

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner mehr als 200 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 152mm- und 122-mm-Rohrartillerie und 120mm-Mörsern abgefeuert.

Unter Beschuss gerieten die Gebiete von **11 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression **starb ein Zivilist, vier wurden verletzt**. 25 Wohnhäuser, 8 zivile Infrastrukturobjekte und 2 Fahrzeuge wurden beschädigt.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter der internationalen Organisationen sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräfte der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.

Seit Beginn des heutigen Tages haben unsere Soldaten 33 ukrainische Nationalisten, einen Hubschrauber, einen Schützenpanzer und zwei Lastwagen vernichtet. 2 Schützenpanzer und ein Lager mit Waffen und Munition wurden erbeutet.

Wir verfügen über weitere Beweise für die Beteiligung ausländischer Söldner auf der Seite der ukrainischen Nationalisten. Diesmal haben wir neben Überresten vernichteter Nationalisten Dokumente eines Bürgers Großbritanniens mit dem Namen Shaun Pinner, geb. 1973, entdeckt, der in der entnazifizierten 36. Marineinfanteriebrigade Dienst tat.

Heute Morgen versuchte das verbrecherische Kiewer Regime mit Hilfe eines Hubschraubers seine „Medienmarionetten“, nämlich den Kommandeur der 36. Brigade Baranjuk und den Kommandeur von „Asow“ Prokopenko, die es nicht geschafft hatten, vor der Umzingelung das Personal im Stich zu lassen und aus Mariupol zu fliehen, mit Hilfe eines Hubschraubers zu evakuieren.

Wie wir mehrfach mitteilten, hat Selenskij entschieden, bis zum letzten Ukrainer zu kämpfen, aber wie sich erwiesen hat, nicht bis zum letzten Nationalisten.

Selbst jetzt haben Ihre Kommandeure versucht, Sie in der Umzingelung zurückzulassen und selbst nach Kiew zu fliehen, wo sie weiter durch Betrug normale Bürger zum Tode verurteilen.

Wir wenden uns an die Soldaten der ukrainischen Streitkräfte und rufen Sie auf, gut nachzudenken, ob Sie bereit sind, für die Nationalisten zu sterben, die Sie bei der ersten Möglichkeit im Stich lassen werden. Indem sie die Waffen niederlegen und auf die Seite der Donezker Volksrepublik übergehen, retten Sie Ihr Leben.

Fünf Soldaten der 25. Luftlandbrigade haben freiwillig die Waffen niedergelegt und

sind auf die Seite der Donezker Volksrepublik übergegangen.

Seit Beginn der militärischen Spezialoperation sind 427 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte freiwillig auf die Seite der Donezker Volksrepublik übergegangen.

Mit Trauer teilen wir mit, dass in den letzten 24 Stunden **3 Verteidiger der Donezker Volksrepublik** im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht **starben, 16 wurden verletzt.**

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus. Gesondert will ich auf die Verteidiger der Donezker Volksrepublik eingehen, deren Mut und Kühnheit im Kampf gegen die ukrainischen Nationalisten ein Vorbild für zukünftige Generationen sein werde.

Am 23. März 2022 kommandierte Oberfeldwebel Nikolaj Sergejewitsch Switan bei der Befreiung von Mariupol bei der Ausführung einer Aufgabe auf dem Gebiet der Stadtverwaltung eine Gruppe, um das Verwaltungsgebäude einzunehmen. Unter stürmischem Feuer des Gegners konnte er als erster die Verteidigung der Nationalisten durchbrechen und sich in der ersten Etage des Gebäudes verschanzen. Während des Kampfs erlitt er zwei Schussverletzungen, aber trotzdem kommandierte er weiter die Gruppe und erfüllte erfolgreich die gestellte Aufgabe. Während des Kampfes vernichtete er persönlich mehr als 20 Soldaten des nationalistischen Bataillons „Asow“.

18:56 de.rt.com: **Kreml: Gaslieferungen werden eingestellt, wenn nicht in Rubel bezahlt wird**

Der Sprecher des russischen Präsidenten Peskow hat am Montagabend auf die Weigerung der G7-Staaten reagiert, russische Gaslieferungen in Rubel zu zahlen. Er kündigte die Einstellung der Gaslieferungen an, wenn die Abnehmer bei ihrer Weigerung bleiben.

Wie RIA Nowosti meldet, hat Kreml-Sprecher Dmitri Peskow heute erklärt, dass Russland kein kostenloses Gas liefern werde, falls die EU bei ihrer Weigerung bleibe, in Rubel zu zahlen.

Kreml: Gaslieferungen an "unfreundliche Länder" nur gegen Rubel

Die russischen Behörden und Gazprom erörtern derzeit die Einzelheiten für die Umrechnung der Zahlungen von Gaslieferungen an "unfreundliche Länder" in Rubel. Von kostenlosen Lieferungen sei nicht die Rede, so Peskow. Er erklärte:

"Der Lieferprozess ist sehr, sehr kompliziert. Es handelt sich nicht um den Kauf einer Ware in einem Geschäft, wo man sie kauft und an der Kasse bezahlt, also sowohl die Lieferung als auch die Bezahlung und die Abrechnung, sondern um einen Prozess, der sich über einen längeren Zeitraum erstreckt. Alle Modalitäten werden jetzt ausgearbeitet."

Auf die Frage, wie Moskau reagieren würde, sollte Europa sich weigern, in Rubel zu zahlen, sagte Peskow: "Wir werden die Probleme ansprechen, wenn sie auftreten." Der Prästensprecher schloss:

"Die Tatsache, dass wir kein Gas zum Nulltarif liefern werden, ist eindeutig. Das lässt sich mit absoluter Sicherheit sagen. Dennoch ist es in unserer Situation kaum möglich und kaum ratsam, sich an gesamteuropäischer Wohltätigkeit zu beteiligen."

Am 23. März hatte der russische Präsident Wladimir Putin die Umstellung auf die Bezahlung von Gaslieferungen an "unfreundliche Länder" in Rubel angekündigt. Die Regierung, die Bank von Russland und Gazprom haben bis zum 31. März Zeit, alle notwendigen Maßnahmen zur Umsetzung der Entscheidung des Präsidenten zu ergreifen.

Unterschiedlich gelagerte Reaktionen

Die verschiedenen Abnehmer von russischem Gas haben unterdessen unterschiedliche Positionen zu dieser Entwicklung eingenommen. So stellte der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz fest, dass in den Verträgen andere Währungen genannt werden, "vor allem der Euro und der Dollar". Robert Severin, Sprecher des deutschen Wirtschaftsministeriums, betonte, dass die Importeure verpflichtet seien, die Einhaltung der Verträge zu gewährleisten. Der

italienische Ministerpräsident Mario Draghi bezeichnete die Übertragung der Ausgleichszahlungen in Rubel als Verstoß gegen die Vereinbarungen. Und der stellvertretende moldauische Ministerpräsident Andrei Spînu erklärte, dass der Vertrag zwischen Moldovagaz und Gazprom bereits die Zahlung in russischer Währung vorsieht.

In der Zwischenzeit erwartet das russische Finanzministerium, dass sich die Käufer auf diese Entscheidung einstellen und erkennen, dass die russische Währung nicht weniger zuverlässig ist als andere Währungen. Russland ist der größte Exporteur von Gas nach Europa und liefert rund 40 Prozent des verbrauchten Rohstoffs.

Wie das Portal Neft i Kapital bemerkte, ist die Situation bei den Energielieferungen, insbesondere von Öl, an befreundete Länder wie Indien oder China eine andere. In Anbetracht der besonderen Preisgestaltung und des Rekordabschlags der russischen Sorte "Urals" gegenüber der Referenzsorte "Brent" ist es für asiatische Abnehmer durchaus lohnend – und erstrebenswert –, Öl aus Russland zu beziehen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6241f032b480cc56441844ad.jpg>

19:15 de.rt.com: **Neue Erklärung des russischen Verteidigungsministeriums zur Lage in der Ukraine**

Generalmajor Igor Konaschenkow, der Pressesprecher des russischen Verteidigungsministeriums, hat am Montagabend ein neues Briefing zur Lage in der Ukraine gegeben.

Die russischen Streitkräfte hätten mit hochpräzisen Kalibr-Marschflugkörpern große Munitionsdepots in der Nähe von Uschomir und Wesselowka im Gebiet Schitomir zerstört, die zur Versorgung einer Gruppe ukrainischer Truppen in den Vororten von Kiew dienen. Darüber hinaus sagte Konaschenkow, dass eine ukrainische Mi-8, die auf dem Weg zur Evakuierung von Kommandeuren des Asowschen Nationalbataillons war, in der Nähe von Mariupol abgeschossen worden sei. Außerdem schossen die russischen Streitkräfte drei Flugzeuge der ukrainischen Luftwaffe ab – zwei Su-24 im Gebiet Schitomir und eine Su-25 im Gebiet Donezk.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6241ebab48fbef6cf5760cdc.jpg>

19:52 de.rt.com: **Pakistan: Imran Khan wirft USA Finanzierung von Putschversuch vor**
Imran Khan beschuldigte die USA der Finanzierung eines Putschversuchs gegen ihn. Pakistans Premier prangerte kürzlich ausländische Mächte an, die sein Land unter Druck setzen, die Beziehungen zu Russland wegen der Militäroperation in der Ukraine abzubrechen. Bei einer großen Kundgebung in der Hauptstadt Islamabad am Sonntag sagte der pakistanische Regierungschef Imran Khan, eine "ausländische Macht" habe Millionen von Dollar an Oppositionsparteien geschickt, um im Parlament ein Misstrauensvotum gegen ihn einzuleiten. Khan beschuldigte die USA – ohne das Land in seiner Rede namentlich zu nennen – der Finanzierung einer "Verschwörung" zum Sturz seiner demokratisch gewählten Regierung.

Khan, der nach dem Wahlsieg 2018 eine Koalitionsregierung gebildet hatte, sagte, er sei Gegenstand einer "ausländischen Verschwörung" gewesen, die darauf abzielte, seine Regierung zu stürzen, und dass "Finanzmittel aus dem Ausland nach Pakistan geleitet" würden.

Khan wird sich in nächsten Tagen einem Misstrauensvotum stellen müssen. Der Ausgang dürfte äußerst knapp werden. Der entscheidende Misstrauensantrag gegen den Premierminister war von einer gemeinsamen Front aller Oppositionsparteien eingereicht worden. 40 Abgeordnete seiner Regierungspartei PTI kündigten bereits an, gegen Khan und für den Antrag der Opposition zu stimmen.

Khan, der 2018 erstmals zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, trat seinerzeit mit dem Erneuerungsversprechen an, die Macht der beiden traditionellen Parteienblöcke Muslimliga (PML-N) und Volkspartei (PPP) aufzubrechen. Zudem wollte er die Wirtschaft in Gang bringen sowie das Land vom Einfluss des Internationalen Währungsfonds (IWF) lösen. Pakistan orientiert sich längst gen Osten. Während Pakistan dabei ist, sich von den USA zu entfernen, wird die strategische Partnerschaft zwischen Islamabad und Peking von den USA misstrauisch beäugt. Khan hatte im Januar Peking besucht und sich dem Aufruf von US-Präsident Joe Biden zu einem diplomatischen Boykott der Olympischen Winterspiele widersetzt.

Pakistans Premier prangerte kürzlich ausländische Mächte an, die sein Land unter Druck setzen, die Beziehungen zu Russland wegen der Militäroperation in der Ukraine abzubrechen. Er werde weiterhin Entscheidungen zum Wohle des Landes und seiner Bürger treffen. An dem Tag, an dem Russland seine Operation in der Ukraine startete, reiste Khan – trotz heftiger Kritik von westlicher Seite – zum Treffen mit Präsident Wladimir Putin nach Moskau. Obwohl die USA und Pakistan betonen, dass man weiter gute Beziehungen unterhalte, gab es noch immer kein offizielles Gespräch zwischen Biden und Khan.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/62419f9cb480cc0ef01bf70e.jpg>

20:40 de.rt.com: **UNO drängt Ukraine zur Einhaltung der Genfer Konventionen über Kriegsgefangene**

Stéphane Dujarric, Sprecher des UN-Generalsekretärs, hat gesagt, er habe das Video von der Folter russischer Kriegsgefangener in der Ukraine nicht gesehen, wies aber darauf hin, wie wichtig die Einhaltung der Genfer Konventionen in Bezug auf Kriegsgefangene sei. Er erklärte:

"Wir haben das Video nicht gesehen, aber es ist grundsätzlich wichtig, dass alle Kriegsgefangenen nach den Genfer Konventionen behandelt werden."

Zuvor waren im Internet Aufnahmen von russischen Kriegsgefangenen aufgetaucht, denen in die Beine geschossen worden war. Dies war in einem der ukrainischen nationalistischen Stützpunkte im Gebiet Charkow geschehen.

Am Sonntag wies der Leiter des russischen Ermittlungskomitees, Alexander Bastrykin, an, alle Umstände der grausamen Behandlung russischer Kriegsgefangener durch ukrainische Nationalisten zu untersuchen.

22:13 (21:13) **novorosinform.org: Das Regionalkrankenhaus Mariupol hat seine Arbeitwieder aufgenommen**

Im befreiten Teil der Stadt geht das friedliche Leben weiter.

Das regionale Intensivkrankenhaus hat die Arbeit in dem von ukrainischen Kämpfern befreiten Teil von Mariupol wieder aufgenommen, [berichtet](#) Readovka.

Vor dem Krankenhaus standen Schlangen von Patienten, die medizinische Versorgung benötigten. Der Empfang wird von Ärzten durchgeführt, die aus Donezk angekommen sind. Chirurgen führen Operationen durch, Geburtshelfer und Gynäkologen bringen Babys zur Welt.

DVR-Soldaten leisten humanitäre Hilfe für Kranke - sie versorgen sie mit warmen Mahlzeiten, Medikamenten und Hygieneartikeln.



https://novorosinform.org/content/images/20/13/42013_720x405.jpg